

Landesverband  
Sachsen-Anhalt

**FDP**

---

# Freiheit hat nur eine Heimat.

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt  
zur Landtagswahl 2026

---

beschlossen auf dem  
**36. Ordentlichen Landesparteitag**  
am 25. April 2026  
in Magdeburg

Stand: 05.06.2026

# Freiheit hat nur eine Heimat.

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur  
Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2026

## Inhaltsverzeichnis

<b>Präambel .....</b>	<b>3</b>
<b>Kapitel 1: Wirtschaft, Energie und Landwirtschaft .....</b>	<b>5</b>
Wirtschaft.....	6
Wohnen und Bauen .....	11
Energie.....	13
Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Umwelt.....	15
<b>Kapitel 2: Selbstbestimmtes Leben .....</b>	<b>22</b>
Familien .....	24
Bildung.....	25
Wissenschaft.....	32
Soziales.....	35
Medien.....	39
Kultur.....	40
<b>Kapitel 3: Ein moderner Staat.....</b>	<b>42</b>
Verwaltung und Digitalisierung .....	43
Justiz.....	45
Sicherheit.....	47
Kommunales .....	49
Sport .....	51
Finanzen.....	53
<b>Kapitel 4: Gleichwertige Lebensverhältnisse .....</b>	<b>56</b>
Landesentwicklung.....	57
Gesundheit und Rettungswesen .....	59
Pflege .....	63
Infrastruktur.....	65

## Präambel

Dieses Wahlprogramm richtet sich an alle, die daran glauben, dass wir Dinge verändern können. Daran glauben, dass wir durch Handeln das Leben der Menschen verbessern. In einer Zeit, in der sich unsere Gesellschaft immer stärker an den politischen Rändern aufspaltet, in der es zum politischen Geschäftsmodell vieler Parteien gehört, vor allem den Untergang zu beschwören, gehen wir bewusst unseren Weg. Wir glauben an die Kraft der Mitte. Wir wissen, dass es immer mehr als eine Lösung gibt. Wir glauben daran, dass Ideen zählen – nicht Ideologien.

Für die FDP Sachsen-Anhalt entscheidet nicht die politische Herkunft einer Idee, sondern ihre Überzeugungskraft. Deshalb bleiben wir im Gespräch – mit allen. Gerade dann, wenn die Meinungen weit auseinanderliegen. Wir finden Inspiration in Menschen, die trotz aller Widrigkeiten ihre Träume verfolgen. Denn wir haben einen eigenen politischen Kompass. Einen Kompass, der sich nicht von Lautstärke oder Polarisierung treiben lässt, sondern von Vernunft, Freiheit und Verantwortung geleitet wird. Und von der festen Überzeugung, dass wir Probleme mit Forschung, Innovation und Leistungsbereitschaft lösen werden.

Uns treibt ein großes Ziel an: den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Sachsen-Anhalt zu bewahren und zu stärken. Wir setzen so den Rahmen für Sachsen-Anhalts Zukunft, in allen Regionen unseres Landes. Denn eine Politik des Fortschritts soll Menschen verbinden und inspirieren. Stellen Sie sich vor, in unserem Land muss sich niemand Sorgen machen um einen guten Arbeitsplatz. Stellen Sie sich vor, jedes Kind erhält die bestmögliche Bildung, um im Leben voranzukommen, und lernt in einem sicheren und angenehmen Schulgebäude. Stellen Sie sich vor, niemand muss sich Sorgen um die Kosten etwa von Strom, Miete oder Lebensmitteln machen.

Wir sind überzeugt: Jeder Ort verdient Anschluss an die Zukunft. Dass das möglich ist, haben wir in den vergangenen Jahren in der Deutschlandkoalition gezeigt. Trotz unterschiedlicher Positionen ist es uns immer wieder gelungen, gemeinsame Lösungen zu finden. Nicht durch Lautstärke, sondern durch kluge Ideen und die Fähigkeit zum Kompromiss. Nicht durch Blockade, sondern durch Verantwortung. So konnte die Regierung die Herausforderungen unserer Zeit angehen und die Zukunft von Sachsen-Anhalt gestalten.

So werden wir auch die kommenden Aufgaben angehen. Denn wir haben viel erreicht, aber noch viel mehr vor. Wir sind noch nicht zufrieden. Wir sehen die Notwendigkeit zu tiefgreifenden Veränderungen in Deutschland. Weg von zu viel staatlicher Fürsorge und Bevormundung, hin zu mehr Eigenverantwortung und Freiheit. Deshalb bieten wir Menschen eine politische Heimat, die anpacken, weil sie in ihrem Leben etwas erreichen wollen.

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



„Etwas unternehmen“ bedeutet für uns mehr als wirtschaftliches Handeln. Es bedeutet Initiative und Fortschritt. Es bedeutet Verantwortung und Leistung. Es bedeutet Gemeinschaft. Es kann das eigene Unternehmen sein, aber auch die Familie, das organisierte Dorffest, das Menschen zusammenbringt. Oder der Verein, den Freunde gemeinsam gründen oder neu beleben. Hinter all dem stehen Menschen, die etwas bewegen wollen. Wir wollen an ihrer Seite sein und nicht in ihrem Weg stehen.

## Kapitel 1:

# Wirtschaft, Energie und Landwirtschaft

## Wie es ist

Deutschland hat alles, was es braucht, um auch in Zukunft eine der führenden Wirtschafts- und Innovationsnationen der Welt zu sein. Unsere Unternehmen sind leistungsfähig, unsere Fachkräfte hervorragend, unsere Ideen weltweit gefragt. Dieses Potenzial ist unser größter Schatz. Wir dürfen uns aber nicht darauf ausruhen. Denn die Welt verändert sich schnell – und wir stehen vor Herausforderungen, die entschlossenes Handeln erfordern: jetzt.

Internationale Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine oder wachsende Handelskonflikte haben viele Volkswirtschaften unter Druck gesetzt. Deshalb können sie nicht allein Ursache dafür sein, dass Deutschlands Wirtschaft nicht aus der Rezession kommt und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zuletzt nachgelassen hat. Viele Hindernisse sind hausgemacht – genau darin liegt aber auch unsere Chance. Denn was Deutschland selbst verursacht hat, können wir verändern.

Für Sachsen-Anhalt ist eine starke Wirtschaft der Schlüssel zu Wohlstand, Sicherheit und Zukunftschancen. Das gilt für alle Bereiche der Wirtschaft, für die Land- und Forstwirtschaft genauso wie für Handwerk und Gewerbe. Das gilt in unseren Städten und im ländlichen Raum. Nur eine prosperierende Wirtschaft schafft dauerhaft gute Arbeitsplätze, ermöglicht Investitionen und gibt unserem Land die Kraft, seine Zukunft selbstbewusst zu gestalten. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Bedingungen für nachhaltigen unternehmerischen Erfolg optimal zu gestalten: mit wettbewerbsfähigen Energiekosten, gut ausgebildeten Fachkräften und einer Verwaltung, die unterstützt statt ausbremst.

Natürlich trägt der Bund eine große Verantwortung für diese Rahmenbedingungen. Doch auch auf Landesebene können und müssen wir handeln. Unser Anspruch ist klar: Sachsen-Anhalt soll zu den dynamischsten Wirtschaftsstandorten gehören – ein Land, in dem Unternehmen investieren, Gründerinnen und Gründer ihre Ideen verwirklichen und neue, gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen.

## Was wir wollen

Deutschland steckt im Reformstau – und der Bund liefert nicht. Wir sagen deshalb: Sachsen-Anhalt wartet nicht. Wir setzen wirkliche Prioritäten – in Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung, Energie. Wir haben ein klares Ziel: die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen verbessern.

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Dafür braucht es vor allem eines: Mut zum Aufbruch. Wir wollen Sachsen-Anhalt zu einem Land machen, in dem Unternehmergeist wachsen kann. Ein Land, in dem Menschen den Mut haben zu gründen, zu investieren und Neues zu wagen. Heute entstehen viele neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, während private Investitionen zurückgehen. Das zeigt: Wir müssen die Bedingungen – ob in der Landwirtschaft, im Gewerbe oder im Handwerk, ob etabliertes Unternehmen oder Gründer – deutlich verbessern. Unser Ansatz ist einfach: Wir haben Vertrauen in die Menschen – und wollen weniger lähmende Bürokratie. Zu viele Regeln sind kompliziert, unübersichtlich und kosten Unternehmen wie Bürgern wertvolle Zeit und Energie. Berichtspflichten und Verwaltungsverfahren bremsen Innovation oft genau dort, wo sie entstehen soll. Wir wollen diese Hürden abbauen und den Weg für neue Ideen freimachen.

Staatliches Handeln konzentriert sich dabei auf die Infrastruktur als Grundlage für wirtschaftliches Handeln. Das gilt für die Verkehrsinfrastruktur, die wir ausbauen, ebenso wie für die Gesundheitsinfrastruktur oder die Forschungseinrichtungen, deren Kooperation wirtschaftliches Wachstum beflügeln kann.

Auf den Fortschritten der vergangenen Jahre bauen wir auf. Reformen wie das modernisierte Vergabegesetz, die Digitalstrategie des Landes oder digitale Lösungen wie der flächendeckende Bauantrag zeigen, dass Sachsen-Anhalt auf dem richtigen Weg ist. Doch wir wollen mehr Tempo. Die Modernisierung unseres Landes darf nicht stehen bleiben. Unser Ziel ist eine neue Aufbruchsstimmung: mehr Gründergeist, mehr Innovation, mehr private Investitionen.

Arbeitsplätze sollen dort entstehen, wo Wertschöpfung entsteht – in starken Unternehmen, in innovativen Start-ups, in einer dynamischen Wirtschaft. Dafür müssen wir auch die Voraussetzungen schaffen: mit einem modernen Bildungssystem, einer stärkeren Berufsorientierung und einer offenen Strategie zur Gewinnung internationaler Fachkräfte. Sachsen-Anhalt hat das Potenzial, wieder zu einem Ort des wirtschaftlichen Aufbruchs zu werden. Die Ideen, die Menschen und die Möglichkeiten sind da. Jetzt kommt es darauf an, sie zu nutzen – mutig, entschlossen und mit einem klaren Ziel vor Augen: ein starkes, innovatives und zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt.

## **Was wir machen**

### **Wirtschaft**

#### **Entfesselung von Wachstum: Mittelstand, Handwerk, Industrie und Gründergeist**

Wohlstand entsteht dort, wo Menschen Ideen in Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze verwandeln. In Sachsen-Anhalt wird diese Leistung zu oft von einem Staat gebremst, der misstraut statt ermöglicht: durch Berichtspflichten, zersplitterte

Zuständigkeiten, langsame Genehmigungen und einen Förderdschungel, der Ressourcen bindet und nicht investiert. Das trifft vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die nicht über eigene Verwaltungsabteilungen verfügen. Deshalb braucht Sachsen-Anhalt eine Politik, die die Kosten des Staates nicht nach unten durchreicht, sondern den Staat so organisiert, dass er Arbeit erleichtert und Wachstum beschleunigt. Deshalb haben wir das Vergabegesetz weitestgehend und gegen den größtmöglichen Widerstand novelliert. In den kommenden Jahren gilt es, das Tariftreue- und Vergabegesetz schnellstmöglich abzuschaffen.

### **Sonderwirtschaftszone – endlich mal testen**

Die Einführung einer Sonderwirtschaftszone wird immer wieder gefordert – aber niemals getestet. Innerhalb dieser Sonderwirtschaftszonen werden für Neuansiedlungen sämtliche Genehmigungsverfahren in einer Behörde gebündelt und innerhalb einer verpflichtenden Frist abgeschlossen. Für Produktionsbetriebe fallen alle Berichtspflichten und Vorschriften weg, die über den Schutz von Leib, Leben und Umwelt hinausgehen. Steuern werden vollständig erlassen oder auf das vorgeschriebene Mindestmaß abgesenkt. Als Sonderwirtschaftszonen schlagen wir das sich im Besitz des Landes Sachsen-Anhalt befindliche Gelände für die Intel-Ansiedlung sowie den Chemiestandort Leuna vor.

### **Entbürokratisierung, die man im Alltag spürt**

Entbürokratisierung ist dann gelungen, wenn in Sachsen-Anhalt wieder Zeit für das Wesentliche entsteht: wenn der Handwerksmeister nicht mehr am Küchentisch Formulare sortiert, sondern Angebote schreibt und neueste Technologien lernt; wenn die Gründerin nicht mehr Wochen mit Formularen und Zuständigkeiten verbringt, sondern ihr Produkt entwickelt; wenn Investitionen nicht in Aktenstapeln stecken bleiben, sondern auf der Fläche sichtbar werden. Bürokratieabbau heißt am Ende: weniger Stillstand, mehr Tempo und ein Staat, der Leistung ermöglicht, statt sie behindert. Deshalb werden wir die Bürokratielasten für Bürger und Unternehmen in der kommenden Legislaturperiode deutlich senken. Berichtspflichten sollen vereinfacht oder abgeschafft, Genehmigungsverfahren verbindlich beschleunigt und überflüssige Regulierungen gestrichen werden.

Wir werden schnellstmöglich die vollständige Liberalisierung des Ladenöffnungszeitengesetzes vorantreiben, die insbesondere eine größtmögliche Ausweitung der Sonntagsöffnungen sowie Öffnungen an Feiertagen ermöglicht.

### **Europäisches Mindestmaß statt deutscher Übererfüllung (Gold-Plating): Standort wieder konkurrenzfähig machen**

Gerade für Schlüsselindustrien wie das Chemiedreieck gilt: Neue Pflichten dürfen nur noch nach klaren Leitplanken entstehen – am europäischen Mindestmaß orientiert und verbindlich nach dem one-in-two-out-Prinzip. So wird Regulierung nicht weiter zum Standortnachteil

und Investitionsmittel fließen wieder in moderne, nachhaltige Produktion statt in Papier und Formulare. Die Anpassung an das europäische Mindestmaß darf nicht nur für neue Regelungen, sondern muss auch für bestehende gelten.

### **Gründen, wachsen, neu starten: Sachsen-Anhalt als Macher-Land**

Viele gute Ideen scheitern nicht am Markt, sondern am Papierkrieg. Gründungen dauern zu lange, Zuständigkeiten sind zersplittert, und internationale Talente erleben Verwaltung als Hürde statt als Einladung. Sachsen-Anhalt kann das besser: mit einer digitalen One-Stop-Agency, die Verfahren bündelt und Gründerinnen und Gründer aktiv begleitet – auch in englischer Sprache.

Junge Unternehmen sollten in den ersten Jahren von Befragungen, Dokumentationspflichten und Zwangsmitgliedschaften so weit wie möglich entlastet werden, damit sie sich auf Markteintritt und Wachstum konzentrieren können. Ausgründungen aus Hochschulen müssen leichter werden, Inkubatoren in Schwerpunktthemen sollen gezielt aufgebaut und internationale Best Practices systematisch genutzt werden.

Wir wollen die ibg Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH deshalb funktionell erweitern. Sie soll künftig eine aktiv koordinierende Funktion bei der Mobilisierung von Wagniskapital einnehmen. Damit sollen stärker als bisher private Finanzmittel nach dem Prinzip der im November 2024 gestarteten WIN-Initiative (Wachstums- und Innovationskapital für Deutschland) akquiriert werden. Eine gute Kapitalausstattung, insbesondere für die Wachstumsphase, ist auch ein guter Standortfaktor. Das lockt Start-ups nach Sachsen-Anhalt.

### **Erschwinglichkeit des Lebens durch Befreiung von Steuerlasten**

Die FDP Sachsen-Anhalt setzt sich im Land und im Bund für eine Vereinfachung des Steuerrechts ein. Eklatante Fälle von doppelter Besteuerung sollen abgeschafft werden, da sie einen Übergewinn des Staates darstellen. Beispielsweise soll die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe lediglich auf den Nettopreis vor Energiesteuer und CO<sup>2</sup>-Abgabe erhoben werden. Auf Lebensmittel und Grundversorgungsgüter soll die Mehrwertsteuer komplett entfallen – zur Kompensation kann der Regelsatz entsprechend erhöht werden. Verbrauchssteuern mit geringem Aufkommen sollen umgehend und ersatzlos gestrichen werden – zum Beispiel die Bier-, Feuerschutz-, Kaffee-, Alcopop-, Schaumwein- oder die Zwischenerzeugnissteuer. Die FDP ist gegen die Einführung neuer, erzieherischer Verbrauchssteuern, wie beispielsweise der Zuckersteuer.

### **Der Staat ist nie ein guter Unternehmer – für Privatisierung von Staatsbeteiligungen**

Das Land Sachsen-Anhalt hat eine Vielzahl von Beteiligungen an Unternehmen in verschiedenen Sektoren. Das führt die Unternehmen nicht nur in die Unwirtschaftlichkeit und belastet den öffentlichen Haushalt, es ist auch ein massiver Eingriff in den freien Markt und

bindet jene Unternehmen an die politischen Verhältnisse. Für uns ist Privatisierung kein Unwort, sondern Bedingung für die Ausweitung wirtschaftlicher Freiheit. Wir fordern, alle Beteiligungen des Landes kritisch zu evaluieren und eine umfassende Privatisierungsoffensive zu starten.

### **Bundesinvestitionen Verteidigung nach Sachsen-Anhalt holen**

Der Bund investiert hunderte Milliarden in die aufgabenadäquate Ausstattung der Bundeswehr. Zur Gewährleistung einer glaubwürdigen und resilienten Abschreckung wird die Produktion von Rüstungsgütern vor allem in Deutschland umgesetzt. Die Verteidigungsindustrie wird damit zu einer zentralen Branche im Aufbau von industrieller Wertschöpfung und Arbeitsplätzen.

Wir wollen, dass Sachsen-Anhalt vom Aufbau dieser industriellen Wertschöpfung und der damit verbundenen Arbeitsplätze profitiert. Nach dem Vorbild von Bayern und Nordrhein-Westfalen wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessern, um einen schnelleren Produktionsaufbau zu ermöglichen und damit zur Ansiedlung in unserer Heimat motivieren. Die Arbeit der Landesverwaltung und der nachgeordneten Behörden werden wir so ausrichten, dass Unternehmen, die ihren Produktionsaufbau und ihre Produktionserweiterung in Sachsen-Anhalt umsetzen, hier einen zentralen Ansprechpartner zur Umsetzung ihrer Projekte finden.

Zum Aufbau lokaler Produktionen gehören lokale Zuliefererketten. Mit uns wird Sachsen-Anhalt sich dafür einsetzen, lokale mittelständische Unternehmen, etwa aus der strauchelnden Automobilindustrie, besser mit Investoren aus der deutschen Rüstungsindustrie zu vernetzen. Nach dem Vorbild Niedersachsens werden wir in Sachsen-Anhalt für interessierte Unternehmen ein Format zum Austausch und zur Zusammenarbeit von Unternehmen entwickeln.

Zur Produktion gehört auch die Weiterentwicklung von Produkten und Technologien. Wir setzen uns dafür ein, die Forschungsfreiheit in Sachsen-Anhalt zu stärken. Zivilklauseln lehnen wir ab. Wir wollen die Vernetzung zwischen der heimischen Hochschullandschaft und innovativen Unternehmen der Verteidigungsindustrie stärken.

### **Heimische Bodenschätze nutzen**

Die FDP Sachsen-Anhalt will in Sachsen-Anhalt vorkommende Bodenschätze wie Lithium, Kalisalze, Schiefergas, Kies, Sand, Ton, Gips, Kalkstein, Dolomit, Quarzsand, Kupfer, Silber und Braunkohle verantwortungsvoll nutzbar machen. Dazu soll der Weg zu schnellen und unbürokratischen Genehmigungen geebnet werden. Sachsen-Anhalt hat die Chance, eine der wenigen Regionen Europas zu werden, in der Gewinnung, Verarbeitung und Kreislaufwirtschaft von Rohstoffen an einem Standort zusammenfinden. Verstecken wir uns nicht hinter Bedenken, sondern nutzen wir unsere Chancen. Jetzt!

### **Migration**

Migration bewegt die Menschen in Sachsen-Anhalt und in ganz Deutschland. Wir nehmen die Sorgen ernst und wollen dieses Thema angehen, ohne Ängste und populistische Ressentiments zu schüren. Die FDP Sachsen-Anhalt steht für eine pragmatische Migrationspolitik, die Chancen nutzt und zugleich Kontrolle wahrt.

Angesichts der demografischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt und des immer stärker spürbaren Fach- und Arbeitskräftemangels brauchen wir eine reguläre und kontrollierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Zuwanderern, die sich in unser Land einbringen und hier arbeiten wollen und die unsere Art zu leben achten, werden wir den unbürokratischen Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Wir wollen Hürden abbauen, wie sie derzeit zum Beispiel durch überzogene Sprachprüfungen bestehen. Zusätzlich ist es notwendig, die Fähigkeiten der Menschen zu nutzen, die in unser Land kommen. Dafür müssen ausländische Qualifikationen schneller anerkannt werden, um die wirtschaftliche Produktivität in Sachsen-Anhalt zu steigern.

Zugleich muss eine Zuwanderung in die überlasteten Sozialsysteme konsequent unterbunden und eine kulturell und sozial kompatible Eingliederung angestrebt werden. Das dauerhafte Bleiberecht wollen wir daher an zwei wesentliche Bedingungen knüpfen: das Bestreiten des Lebensunterhalts durch Eigenleistung und das glaubhafte Bekenntnis zu den Grundwerten unserer Verfassung. Den Import von politischen Feindschaften und gesellschaftspolitischen Konflikten lehnen wir ab.

Um die genannten Ziele zu erreichen, wollen wir die Ausländerbehörden in den Landkreisen und kreisfreien Städten bei der Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben unterstützen. Ziel ist es, dass Aufenthaltstitel, die zur Aufnahme einer Beschäftigung berechtigen, innerhalb von vier Wochen erteilt werden.

Sprachkurse sollen vorrangig für Selbstzahler oder Teilnehmer, die den üblichen Eigenanteil aus eigener Tasche entrichten wollen, angeboten werden.

### **Den Rechtsstaat durchsetzen**

Der irregulären Migration werden wir mit aller Kraft entgegenwirken. Ausreisepflichtige Ausländer müssen zügig das Land verlassen. Hier werden wir an die während der Deutschlandkoalition erreichten Zahlen anknüpfen und diese ausbauen. In erster Linie soll die freiwillige Ausreise gefördert werden. Dort, wo es erforderlich ist, werden wir Abschiebungen effizienter als bisher ermöglichen. Dafür wird in Sachsen-Anhalt die geplante Abschiebungshafteinrichtung spätestens Ende 2027 in Betrieb gehen und bis dahin durch Kooperationsvereinbarungen mit anderen Bundesländern für ein ausreichendes Kontingent an Gewahrsamsplätzen gesorgt werden. Als weniger einschneidende Maßnahme wollen wir die gerichtliche Anordnung elektronischer Fußfesseln anstelle einer

vollständigen Freiheitsentziehung ermöglichen. Auf keinen Fall darf der Rechtsstaat durch Verhinderung der Identitätsklärung oder durch Untertauchen an der Nase herumgeführt werden.

### **Wohnen und Bauen**

Sachsen-Anhalt hat beim Wohnen und Bauen bereits zentrale Reformen auf den Weg gebracht: Die Landesbauordnung ist novelliert, Verfahren wurden vereinfacht und beim digitalen Bauantrag ist bereits viel umgesetzt. Für die FDP Sachsen-Anhalt ist das der Übergang von der Reformphase in eine konsequente Umsetzungsoffensive. Jetzt geht es darum, dass die neuen Spielräume in der Fläche wirken: schnelleres Planen und Genehmigen, verlässliche Investitionsbedingungen und mehr Chancen auf Eigentum. Unser Leitbild bleibt klar liberal: Der Staat setzt faire, verlässliche Rahmenbedingungen – die Entscheidungen über Investitionen treffen Unternehmen, Eigentümer und Familien selbst.

#### **Eigentum stärkt Unabhängigkeit: Wohneigentum fördern**

Wir machen die eigenen vier Wände wieder erreichbar, weil Wohneigentum Vermögensaufbau, Altersvorsorge und Stabilität für Familien bedeutet. In Sachsen-Anhalt sind die Kaufpreise vielerorts moderat, dennoch scheitert der Erwerb oft an den hohen Kaufnebenkosten. Besonders die Grunderwerbsteuer erhöht den Eigenkapitalbedarf erheblich, gerade für junge Familien. Unser Ansatz ist ein verlässliches Chancenpaket aus Finanzierung und steuerlicher Entlastung. Wir stärken das bestehende Förderprogramm für selbstgenutztes Wohneigentum und ergänzen es um einen Grunderwerbsteuer-Freibetrag für den erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums, für den wir uns auf Bundesebene einsetzen. Dieser Freibetrag wird mit dem Förderprogramm der Investitionsbank Sachsen-Anhalt kombiniert, das zinsvergünstigte Darlehen und familienbezogene Aufstockungen vorsieht. So sinkt die Eintrittshürde spürbar: Eigenkapital wird geschont, kann in Modernisierung und Vorsorge fließen, mehr Menschen erhalten Zugang zu Eigentum, Bestandsimmobilien werden aktiviert und Regionen stabilisiert. Eigentum stärkt Freiheit, Verantwortung und gesellschaftlichen Zusammenhalt – der Staat soll den Zugang erleichtern, nicht verteuern.

#### **Wirtschaftliche Basis stärken**

Die wirtschaftliche Basis der kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften wollen wir nachhaltig stärken. Mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung belasten DDR-Altschulden in Sachsen-Anhalt weiterhin viele Bestände. Gleichzeitig ist der Investitionsdruck hoch. Die Aufgaben sind: energetische Modernisierung, altersgerechter Umbau, Anpassungen an kleinere Haushalte und in einzelnen Regionen auch wirtschaftlich notwendiger Rückbau. Gerade dort, wo Investitionen am dringendsten sind, ist die Kreditfähigkeit schwach. Altverbindlichkeiten und kleinteilige Strukturen binden Mittel, die

eigentlich in die Zukunftsfähigkeit der Quartiere fließen müssten. Deshalb setzen wir nicht auf immer neue Einzelprogramme, sondern auf strukturelle Entlastung. Wer investieren soll, muss investieren können. Wir wollen einen landeseigenen, befristeten Altschuldenfonds auflegen, der kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften gleichbehandelt und verbliebene Altlasten schrittweise abbaut. Die Wirkung ist klar: bessere Eigenkapitalquoten, höhere Bonität und mehr investive Freiheit für energetische Sanierung, Barrierefreiheit und Quartiersentwicklung. Ordnungspolitisch ist das keine neue Dauersubvention, sondern die Beseitigung historischer Belastungen, damit Eigenverantwortung und wirtschaftliche Stabilität wieder greifen können. Dabei sind wir uns bewusst, dass die finanziellen Spielräume des Landes gering sind.

### **Modernisierung ermöglichen**

Wir stärken die private Wohnungswirtschaft, weil die Modernisierung des Bestands ohne private Vermieter und mittelständische Unternehmen nicht gelingen kann. Die Aufgaben sind groß, der Kostendruck steigt, und in vielen Regionen erschweren moderate Mieten die Refinanzierung umfassender Modernisierungen. Klassische Zuschussprogramme sind oft bürokratisch, befristet und vom Landeshaushalt abhängig. Dauerhafte Investitionen brauchen aber verlässliche wirtschaftliche Leitplanken. Deshalb setzen wir auf steuerliche Investitionsanreize statt auf Förderbürokratie. Sachsen-Anhalt wird eine Bundesratsinitiative für eine dauerhafte Modernisierungs-Abschreibung starten, damit energetische Sanierungen und Maßnahmen im Bestand, die Barrieren reduzieren, beschleunigt abgeschrieben werden können.

### **Die Bauordnung mit Leben füllen**

Wir sichern ab, dass die bereits erreichten Fortschritte bei Bauordnung und digitalem Bauantrag im Alltag messbar schneller werden. Weil hier in Sachsen-Anhalt schon viel umgesetzt ist, geht es jetzt um die nächste Stufe: eine durchgängige, verlässliche digitale Genehmigungskette von Antrag über Beteiligungen und Nachforderungen bis zum Bescheid.

Unser Gesamtkurs für Wohnen und Bauen in Sachsen-Anhalt ist damit klar: Wir ersetzen Förderabhängigkeit durch wirtschaftliche Stärke, wir ermöglichen private Investitionen statt sie wegzuregulieren, wir öffnen den Weg ins Eigentum und wir machen aus digitaler Reform spürbare Beschleunigung. Das ist liberal, optimistisch und chancenorientiert – weil es auf Vertrauen in Menschen, Unternehmen und Kommunen setzt und aus Potenzialen konkreten Fortschritt macht.

## Energie

### **Energie, die Leistung möglich macht**

Hohe Energiepreise und ein unübersichtliches System aus Umlagen, Abgaben und Netzentgelten schwächen die Wettbewerbsfähigkeit. Sachsen-Anhalt trägt als starker Windstrom-Erzeuger zugleich eine besondere Netzkostenlast, obwohl andere Regionen vom exportierten Strom profitieren. Das ist weder fair noch ökonomisch klug.

Netzentgelte müssen daher zwischen den Regionen fairer verteilt und für die Menschen in Sachsen-Anhalt spürbar gesenkt werden. Umlagen und Abgaben sollten zusammengeführt werden, um Komplexität und Verwaltungskosten zu reduzieren. Der Strommarkt braucht klare Regeln, die Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zusammenbringen – einschließlich einer Reform der Preisbildungsmechanismen und echten Anreizen für Speichertechnologien. Wir dürfen bei Energie weder von einem Land noch von einer einzigen Technologie abhängig sein. Deshalb fordern wir echte Technologieoffenheit und setzen uns für einen Netzausbau ein, der vor allem den Einsatz von Speichertechnologien in Sachsen-Anhalt ermöglicht. Wir loten die Machbarkeit von zukunftsweisenden emissionsfreien modularen Reaktoren (SMR) genauso aus wie die Gewinnung von heimischem Fracking-Gas.

Energieeffizienz entsteht vor allem durch wirtschaftliche Anreize. Zusätzliche Berichtspflichten schaffen zu oft nur Papier, aber keine eingesparte Kilowattstunde. Hier muss der Bund liefern und beispielsweise sämtliche Berichtspflichten und Audits des Energieeffizienzgesetzes abschaffen.

### **Für eine bezahlbare, sichere und klimafreundliche Energieversorgung**

Die FDP Sachsen-Anhalt will eine bezahlbare, sichere und klimafreundliche Energieversorgung, die den Industriestandort Deutschland und Sachsen-Anhalt dauerhaft wettbewerbsfähig hält. Dazu gehört für uns auch der Wiedereinstieg in die Nutzung der Kernenergie. Deshalb werden wir:

- uns dafür einsetzen, auf Bundesebene die atomrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit technisch, rechtlich und wirtschaftlich reaktivierbare Kernkraftwerke vom endgültigen Rückbau ausgenommen, unabhängig bewertet und dort wieder in Betrieb genommen werden können, wo dies sicherheitsgerecht und verantwortbar möglich ist
- über eine Bundesratsinitiative darauf hinwirken, dass die pauschale politische Blockade neuer Kernkraftwerke beendet und ein technologieoffener Rechtsrahmen für den Neubau moderner Kernenergieanlagen in Deutschland geschaffen wird
- Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität auch für Fachkräftesicherung, bessere Genehmigungsverfahren, gute Netzanbindung und vorbereitende Infrastruktur neuer Kernenergieprojekte nutzbar machen

- ein deutsches Neubauprogramm für moderne Kernenergieanlagen auf den Weg bringen, das neben großen Reaktoren neuer Generation insbesondere Small Modular Reactors, Hochtemperaturreaktoren und Anlagen zur gekoppelten Erzeugung von Strom, Prozesswärme und Wasserstoff umfasst
- Sachsen-Anhalt frühzeitig zu einem Entwicklungs- und Ansiedlungsstandort für moderne Kernenergietechnologien machen, geeignete Industrie- und Konversionsflächen systematisch identifizieren und die Voraussetzungen bei Raumordnung, Genehmigungsmanagement, Netzanbindung, Fachkräfteentwicklung und industrieller Einbindung schaffen
- die Zusammenarbeit von Land, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Industrie ausbauen, damit Sachsen-Anhalt bei Planung, Sicherheit, Werkstoffforschung, Prozesswärme, Wasserstoffanwendungen und industrieller Nutzung moderner Kerntechnik eine Vorreiterrolle einnimmt
- Kommunen und Regionen, die sich für solche Projekte öffnen, verbindlich an Wertschöpfung, Gewerbesteuer, Infrastrukturinvestitionen und regionalen Innovationspartnerschaften beteiligen.

### **Regionale Energie aus Holz und Nahwärme – Wertschöpfung vor Ort**

In waldreichen Regionen bietet heimisches Holz Chancen für kommunale Energieversorgung und lokale Wertschöpfung. Kommunen sollen Infrastruktur für Nahwärme aufbauen können – auch in Kooperationen oder über Konzessionen. Bei Tiefbauprojekten muss vorausschauend gearbeitet werden, etwa durch Mitverlegung netzgebundener Infrastruktur, seien es Leerrohre für die Glasfaser oder Leitungen für die Nahwärme.

### **Technologischen Fortschritt beim Ausbau erneuerbarer Energie beachten**

Wir Freie Demokraten wollen vom Bund einen deutlich größeren Entscheidungsspielraum beim Ausbau erneuerbarer Energien. Erfüllen Bundesländer bis 2027 das Sektorenziel in erzeugter Energiemenge durch Windenergieanlagen an Land, entfällt die Pflicht zur Erfüllung des für sie derzeit festgelegten Flächenziels bis 2032.

### **Eigene Energiequellen nutzen**

Wir wollen durch die Nutzung eines breiten Energie-Mixes eine bezahlbare und sichere Energieversorgung für unsere Wirtschaft und unsere Bevölkerung. Dazu gehört für uns auch die Nutzung von heimischem Schiefergas. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das pauschale Verbot des unkonventionellen Frackings auf Bundesebene durch ein wissenschaftsbasiertes Genehmigungsregime zu ersetzen.

## **Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Umwelt**

### **Nachhaltige Produktivitätssteigerung – Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt zusammendenken**

Machen wir Sachsen-Anhalt zum Vorzeigeland für eine nachhaltige Produktivitätssteigerung, indem wir eine fortschrittsfreundliche Haltung in Gesellschaft und Politik schaffen. Dazu müssen Innovationen fair bewertet werden, wobei zwischen potenzieller Gefahr und tatsächlichem Risiko klar unterschieden wird. Gehen wir selbstbewusst mit diesem Werkzeug um.

Wir unterstützen aktiv technologische Innovationen: Digitalisierung, KI und neue Züchtungstechnologien bieten Lösungen für vielfältige Herausforderungen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Zielkonflikte zwischen Ertrag und Ressourcenschutz werden entschärft, organisatorische Prozesse werden präziser und effizienter. Nutzen wir als erstes Bundesland alle Möglichkeiten, die uns das EU- und Bundesrecht bieten.

Artenvielfalt und Tierwohl wollen wir in Wert setzen. Analog zum Emissionshandel sollen neue Bewertungsmodelle und Marktmechanismen entwickelt werden, um ökologische Leistungen ökonomisch zu erfassen und den klassischen Produktivitätsbegriff um den Verbrauch oder die Erzeugung natürlicher Ressourcen zur nachhaltigen Produktivitätssteigerung zu erweitern.

### **Fairness beim Grunderwerb: doppelte Besteuerung beenden, Share Deals verursachergerecht erfassen**

Landwirte beim Grunderwerb doppelt zu besteuern, finden wir nicht fair. Das wichtigste Produktionsmittel für Landwirte ist der Boden. Wirtschaften Landwirte auf der eigenen Scholle, gibt das unternehmerische Sicherheit und stärkt die Eigenverantwortung. Das zu unterstützen, ist uns Freien Demokraten enorm wichtig. Eine doppelte Besteuerung erschwert aktuell den Eigentumserwerb: Übt die Landgesellschaft bei einem Grundstücksverkauf ihr Vorkaufsrecht aus und verkauft im zweiten Schritt den Boden an einen Landwirt, fällt zweimal Grunderwerbsteuer an. Das werden wir ändern und im Grunderwerbsteuergesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Sachsen-Anhalt auf diese Doppelbesteuerung verzichten kann. Beim Erwerb von Anteilen eines Unternehmens (Share Deals) soll Grunderwerbsteuer entsprechend dem gehandelten Erwerbsanteil der Eigentumsflächen des betreffenden Unternehmens erhoben werden.

### **Bürokratieabbau im Düngerecht und beim Pflanzenschutz: Ämter als Partner der Landwirte**

Geht echter Bürokratieabbau im Düngerecht und im Pflanzenschutz? Ja! Ämter sollen künftig vor allem Partner der Landwirte sein, um die Landwirte in den komplexen Förderstrukturen zu unterstützen und beratend zur Seite stehen. Die Ämter verstehen sich nicht primär als Kontrollinstanz, sondern als beratende Partner der Landwirte. Sie unterstützen die Landwirte von Beginn an dabei, Fehler zu vermeiden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kontrolle des Düngerechts und der Düngeverordnung von den Kreisverwaltungen an die Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (ALFF) verlagert wird, damit Kontrollen mit den Kontrollen der Agrarförderung (GAP und AUKM) zusammen erfolgen können. Aufwendige Kontrollen zum Agrarantrag binden oft viel Arbeitszeit beim Landwirt in der Vorbereitung und Zusammenstellung der Daten; hier müssen effizientere Wege gefunden werden. Auf Gebührenbescheide bei Kontrollen soll verzichtet werden. Die Dichte der Vor-Ort-Kontrollen soll von 5% auf 1% der Betriebe gesenkt werden. Fortbildungsformate für verpflichtende Weiterbildungen sollen digital umgesetzt werden. Alle Nachweispflichten und relevanten Dokumentationen müssen digital möglich sein. In der Gesetzgebung soll die Automatisierung (zum Beispiel bei der Ausbringung von PSM mittels Drohnen) konsequent mitgedacht und zeitnah sowie praxistauglich umgesetzt werden.

### **Kompliziertes einfach machen: der Agrarantrag muss praxistauglich werden**

Die gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) soll in Sachsen-Anhalt über eine moderne, digitale und praxisnahe Verwaltung umgesetzt werden. Insbesondere da, wo Landwirte bundeslandübergreifend arbeiten, müssen sie sich aktuell mit unterschiedlichen IT-Anwendungen auseinandersetzen. Das muss einfacher gehen. Landwirte sollen sich um ihre Tiere und Feldfrüchte kümmern können und keine IT-Spezialisten werden. Dafür sind bundesweit einheitliche IT-Lösungen umzusetzen, Verfahren zu vereinfachen und das Programm „ELAISA“ und die Foto-App deutlich benutzerfreundlicher und übersichtlicher zu gestalten.

### **Fehlertoleranz bei der Agrarförderung praxistauglich gestalten**

Der Aufwand zur Kontrolle der Agrarförderung muss deutlich verhältnismäßiger werden. Ein Beispiel ist die Flächenprämie. Die Fehlertoleranz muss auf 5% der geförderten Fläche hochgesetzt werden. Das spart enormen Verwaltungsaufwand und schafft Rechtssicherheit bei den Landwirten.

### **Fairer Wettbewerb statt Sonderlasten – Europäisches Mindestmaß statt deutscher Übererfüllung**

Wettbewerb ist ein harter Ausleseprozess, aber eben auch der beste Innovationstreiber. Beschränkt der Staat den Wettbewerb, legt er unseren Waldbesitzern, Landwirtschaftsbetrieben, Obstbauern und Winzern in hart umkämpften Märkten zusätzliche Steine in den Weg. Das wollen wir nicht länger hinnehmen. Keine einzige EU-Anforderung darf bei der Umsetzung in nationales Recht verschärft werden. Nur so kann ein fairer Wettbewerb innerhalb der EU garantiert werden.

Deshalb sind alle Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Förderprogramme des Landes konsequent von Verschärfungen zu befreien. Die Vorrangstellung des Umweltbundesamtes (UBA) im Pflanzenschutzrecht wollen wir beenden; das Bundesinstitut für Risikobewertung

(BfR), das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), das Julius Kühn-Institut (JKI) und das Umweltbundesamt (UBA) sollen wieder gleichberechtigte Partner werden. Für neue Vorschriften ist eine umfängliche Folgenabschätzung inklusive der Prüfung der tatsächlichen Notwendigkeit neuer Gesetze und Verordnungen konsequent durchzuführen. Beim Pflanzenschutz setzen wir zudem auf europäische Harmonisierung ohne nationale Sonderwege; Zulassungen dürfen nicht für fachfremde Ziele instrumentalisiert werden.

### **Planungssicherheit und Verursacherprinzip – wirksame Regeln statt pauschaler Auflagen**

Landwirte brauchen Planungssicherheit. Sie müssen davon ausgehen können, dass die zum Stichtag des Agrarantrags (15. Mai) geltenden Flächengrenzen für das Antragsjahr gesetzt sind. Nachträgliche Änderungen von Amts wegen nach dem 15. Mai dürfen erst im darauffolgenden Antragsjahr wirksam werden.

Bei der Senkung von Nitratbelastungen gehen wir konsequent zum Verursacherprinzip über. Auflagen zur Versorgung der Pflanzen mit Nährstoffen sind nur dort sinnvoll, wo es Nitratüberschüsse gibt und diese durch die Einschränkung von Düngung effizient abgebaut werden können. Grundlage der Düngeverordnung muss allein das Verursacherprinzip sein. Messmethoden – etwa bei Nitrat – müssen evaluiert und vereinheitlicht werden; Maßnahmen werden mit Praktikern festgelegt und anschließend eng geprüft.

### **Tiertransporte und Saatgut-Nachbau – Rechtssicherheit statt Überregulierung und Misstrauen**

Den Tiertransporterlass aus dem Jahre 2019 wollen wir abschaffen. Tiertransporte sind und bleiben ein Bestandteil der Nutztierhaltung. Durch unverhältnismäßige Auflagen des landeseigenen Tierschutzerlasses (Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie vom 22.05.2019) sind Tiertransporte zum Teil nicht mehr möglich, obwohl europarechtlich umsetzbar. Die Festlegungen der Verordnung Nr. 1/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängende Vorgänge sichert den Tierschutz ausreichend ab. Die darüber hinausgehenden wettbewerbsverzerrend wirkenden Festlegungen lehnen wir Liberale ab.

Erntegutbescheinigungen der Treuhandsaatgutgesellschaft dürfen nicht zur Pflicht werden. Landwirte haben über Jahre hinweg zuverlässig erklärt, ob sie Nachbau betreiben oder nicht. Dieses Verfahren war einfach, transparent und rechtssicher. Die nun geforderte jährliche Berechnung durch die Saatguttreuhandgesellschaft bedeutet nicht nur erheblichen bürokratischen Aufwand, sondern auch eine unangemessene Durchleuchtung landwirtschaftlicher Betriebe. Wir lehnen ein System ab, das Landwirte unter pauschalen Verdacht stellt und ihnen faktisch Misstrauen entgegenbringt. Landwirtschaft braucht praxisnahe Regelungen – keine zusätzlichen Kontroll- und Dokumentationspflichten.

Die Förderung innovativer Agrartechnologien, um mithilfe dieser den Fortbestand der Landwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig zu sichern, sowie Technologien wie CRISPR/Cas9 und ähnliche begrüßen wir ausdrücklich. Sachsen-Anhalt soll seine Forschungsstandorte in diesem Bereich weiter ausbauen.

### **Naturschutz: kooperativ, anreizbasiert und wirkungsorientiert – Qualität vor Quantität**

Kooperativ geht alles besser – auch im Naturschutz. Der rückläufigen Biodiversität auf landwirtschaftlichen Flächen muss mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden. Eine Lösung dafür ist die gemeinsame Durchführung von Agrar-Umwelt-Maßnahmen durch mehrere Betriebe. Maßnahmengestaltung und -umsetzung sind so flexibel möglich. Eine Maßnahmenwirksamkeit rückt wieder in den Vordergrund, formale förder- und kontrolltechnische Regelungen dafür in den Hintergrund. Für die staatliche Verwaltung sinkt der Arbeitsaufwand. In den landwirtschaftlichen Betrieben wird Ideenreichtum zur Zielerreichung angereizt. Genügend Gründe für uns, diesen Ansatz zu verstetigen und in der neuen Förderperiode der GAP anzubieten.

### **Qualität vor Quantität gilt auch im Naturschutz.**

Die Erweiterung von bestehenden Naturschutzgebieten und die Neuausweisung von Flächen für den Naturschutz ziehen in der Regel Bewirtschaftungseinschränkungen nach sich und sind ein Eingriff ins Eigentum, welcher gut begründet werden muss. Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, bestehende Naturschutzräume qualitativ aufzuwerten und zu vernetzen, sowie bedrohte Tier- und Pflanzenarten gezielt zu schützen, statt pauschal immer mehr Fläche aus der Produktion zu nehmen. Dazu gehört auch, Förderprogramme konsequenter auf die Zielerreichung auszurichten. Artenschutz verstehen wir wissenschaftsbasiert und dynamisch statt als starres Verbotssystem – damit Schutz gelingt und Akzeptanz entsteht.

### **Naturschutz machen wir durch weniger Verbote und mehr Anreizwirkung deutlich attraktiver**

Naturschutz wollen wir Freien Demokraten aus der Verbotsecke rausholen. Nutzen wir also die Expertise von Landwirten, Waldbesitzern, Jägern, Anglern und Gewässerunterhaltungsverbänden. Beziehen wir ihre Ideen konsequent ein, um gemeinsam Erfolge zu erzielen. Lassen wir durch Experimentierklauseln in Gesetzen Raum fürs Ausprobieren. Belohnen wir Erfolge und lernen aus Fehlern. Statt ausgeklügelter Förderprogramme, die aufwändig gemanagt werden müssen, brauchen wir mehr Werkzeuge mit Anreizwirkung. Machen wir Naturschutz endlich wieder zum echten Mitmachprojekt.

### **Naturschutzmaßnahmen lenken wir dahin, wo sie den höchsten Effekt bringen**

Nehmen wir für Maßnahmen zur Verbesserung von Ökosystemen besonders urbane Räume in den Blick. Nur extensiv gepflegte Grünflächen sparen Aufwand für Kommunen und schenken urbanen Räumen Biodiversität. Hecken, Alleen oder Parks filtern Staub,

produzieren Sauerstoff und fördern die Taubildung insbesondere zur sommerlichen Kühlung des bebauten Umfeldes. Naturschutz kann so zur Klimaanlage für Städte werden. Alles zusammen wertet urbane Räume auf und kommt so einem erheblichen Bevölkerungsanteil ganz direkt und spürbar durch Verbesserung des täglichen Lebensumfeldes zugute. An zweiter Stelle wollen wir Maßnahmen auf die extensive Pflege aufgegebenen Landwirtschaftsflächen konzentrieren. Das minimiert Zugriffe auf Produktionsstandorte, fördert Artenvielfalt effektiv und trägt wirksam zur Erhaltung der Kulturlandschaft bei. Nutzen wir diese positiven Effekte und schaffen wirksame Anreize für freiwilligen Naturschutz.

### **Wasser schützen – zielgenau, verursachergerecht, praxistauglich**

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Wir setzen auf die 1:1-Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, auf das Verursacherprinzip und auf Maßnahmen, die nachweislich wirken. In dürregeplagten Waldgebieten sollen Pflichten zur Unterhaltung von Entwässerungsgräben entfallen, wenn diese historisch der Absenkung dienten und heute den Wasserrückhalt schädigen. So stärken wir Wälder als natürliche Wasserspeicher.

### **Forstverwaltung modern machen – für einen krisenfesten, klimastabilen und zukunftssicheren Wald**

Forstleute und Waldbesitzende müssen eine Jahrhundertaufgabe meistern. Die gewaltigen Schäden, die Stürme, Dürre und Schadinsekten angerichtet haben, müssen beseitigt werden. Wälder sollen zu klimaresilienten Waldökosystemen umgebaut werden. Dafür brauchen wir einen umfangreichen und effektiven Instrumentenkasten mit Anreizwirkung und eine moderne Forstverwaltung.

Eine kluge Forststrukturreform muss die Trennung zwischen Hoheit, Betrieb und Dienstleistung aufheben; dies ist nicht mehr zeitgemäß. Die Bewirtschaftung des Privatwaldes ist durch eine gute Beratung und Betreuung deutlich zu steigern. Private Forstdienstleister dürfen nicht mehr im Markt benachteiligt werden. Forstverwaltungen müssen ihre Leistungen zu Marktpreisen anbieten – so setzt sich das wirtschaftlichste Angebot für alle durch.

Wald zukunftsfest machen heißt: Freiheit vor Ort, Wissen aus der Praxis. Nachhaltiger Waldumbau gelingt mit Fachwissen, Akzeptanz und Verantwortung vor Ort. Wir denken Wald und Wild als Ökosystem, setzen auf situationsbezogene Lösungen mit Fachleuten und respektieren Entscheidungen der Jagd ausübenden im Revier. Fachbeiräte sollen breit mit Nutzer- und Interessengruppen besetzt werden, damit Maßnahmen fachbasiert sind, Konsens finden und umgesetzt werden. Waldeigentümer brauchen Spielräume bei Baumarten, solange Standorteignung und Nicht-Invasivität gegeben sind. Ein engmaschiges Waldmonitoring, aktualisierte Waldbrandrisiken und ein deutlich verbesserter Brandschutz

gehören zur Vorsorge. Holz soll stärker in langlebigen Nutzungen eingesetzt werden – als Baustoff und in Produkten, die CO<sub>2</sub> langfristig binden.

Waldbesitzer wollen wir wirksam unterstützen, damit sie dem Multitalent Wald helfen können. Der Wald hat vielfältige Funktionen als Lebens- und Erholungsraum, Trinkwasserreservoir, Treibhausgassenke und Rohstofflieferant. Umweltschutz und Wirtschaftswachstum sind für uns kein Widerspruch. Denn eine gesunde Umwelt und der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind die Voraussetzung für eine langfristig stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Dazu wollen wir die Voraussetzungen schaffen, um Stilllegungen unbedingt zu vermeiden, das heißt:

- mehr Wald in Bewirtschaftung bringen
- konsequent in allen Förderprogrammen von heimischen auf standortangepasste Arten umstellen
- Waldbesitzern die Freiheit geben, ihre Bewirtschaftung an den Klimawandel anpassen zu können
- Gemeinwohlleistungen der Wälder marktorientiert honorieren und
- ökonomische Klimapolitik durch Einbindung der Wälder in den EU-Emissionshandel stärken.

### **Waldstilllegungen nicht mit Steuergeld fördern**

Die Förderung von Waldstilllegungen durch öffentliche Mittel sind zu beenden. Steuergeld soll stattdessen für die aktive, nachhaltige Waldbewirtschaftung eingesetzt werden, insbesondere für:

- den Umbau in klimastabile Mischwälder
- die Wiederaufforstung nach Schädigungen (zum Beispiel durch Borkenkäfer, Dürre)
- die Waldbrandprävention
- eine Biodiversitätsförderung im Rahmen der Nutzung, nicht durch Stilllegung.

Aus der Richtlinie zur Förderung von kleineren Flächen mit eigendynamischer Entwicklung von KlimaWildnisBotschafter\*innen als Beitrag zum natürlichen Klimaschutz (FRL KlimaWildnis) wollen wir die gezielte Stilllegung von Wald sofort herausnehmen und stattdessen Förderprogramme für eine aktive Bewirtschaftung auflegen.

### **Jagdrecht modernisieren und Wolf managen – Artenschutz und Nutztierschutz zusammenbringen**

Das Jagdrecht wollen wir weiter spürbar modernisieren. Um auf invasive Arten reagieren zu können, sind sie ins Jagdrecht aufzunehmen und deren Bestände zu managen.

Auch andere Tierarten, die aufgrund des erfolgreichen Artenschutzes inzwischen stabile Populationen gebildet haben, müssen in Zukunft gemanagt werden, wie etwa die Saatkrähen oder der Wolf. Die Population des Wolfes muss so gemanagt werden können, dass Arten-

und Nutztierschutz in unserer Kulturlandschaft dauerhaft gelingen. Dazu sind für den Wolf Populationsuntergrenzen festzulegen, die den günstigen ökologischen Zustand der Population nicht gefährden. Im Jagdrecht ist eine konsequente Trennung der Rechtskreise umzusetzen. Für die Rissbegutachtungen sind Verfahren zu suchen, die das Vertrauen der Weidetierhalter wiederherstellen. Wolfsangriffe und die daraus entstehenden Schäden wollen wir konsequent entschädigen.

**Klima schützen: technologieoffen, marktwirtschaftlich, wirksam**

Klimapolitik darf nicht in Bevormundung, Verboten und teuren Symbolmaßnahmen abgleiten. Wir setzen auf marktwirtschaftliche Instrumente und wirksame CO<sub>2</sub>-Reduktion dort, wo sie am meisten bringt. Der Emissionshandel ist dabei das Leitinstrument, es muss andere Steuern und Abgaben ersetzen. Gleichzeitig nutzen wir natürliche Klimaschutzpotenziale: Zusätzliche Aufforstung und Baumpflanzungen sollen als Option in Emissionshandel- und Abgabesysteme eingebunden werden, damit Klimaschutz konkret sichtbar wird – mit messbarem Effekt.

**Onshore-CCS endlich als Chance für unsere Wirtschaft ermöglichen**

Wir wollen die Länderklausel des novellierten Kohlendioxidspeicherungsgesetzes (KSpG 2025) nutzen und damit eine CO<sub>2</sub>-Speicherung an Land (Onshore-CCS) ermöglichen.

Wir werden veranlassen, dass zügig geeignete Modellregionen zur sicheren CO<sub>2</sub>-Speicherung an Land gesucht und gemeinsam mit Forschungseinrichtungen, Industrie und Kommunen Konzepte für Pilotprojekte entwickelt werden.

## Kapitel 2:

# Selbstbestimmtes Leben

## Wie es ist

Man ist nie zu alt, um zu lernen. Vom ersten Tag bis weit in den Ruhestand können wir uns weiterentwickeln und uns, unsere Talente und die Welt entdecken. Bildung gibt uns die Freiheit, zu träumen und unsere Zukunft selbst zu gestalten. Eine gute Bildung ist unersetzlich für unsere Gesellschaft und die liberale Demokratie. Sie verspricht Chancengleichheit und stellt sicher, dass Lebenschancen nicht vom Geburtsort oder den Eltern abhängen. Doch dieses Versprechen lösen wir nicht immer ein. Zu oft noch fällt der Unterricht wegen Lehrermangels aus. Gleichzeitig verbringen Lehrer zu viel Zeit mit unterrichtsfremden Aufgaben. Zu viele Schüler verlassen die Schule ohne ausreichende Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen. Zu viele Menschen können nicht in dem Umfang über ihr Leben bestimmen, wie es möglich wäre.

Digitale Infrastruktur liegt inzwischen an fast jeder Schule an, allerdings nutzen noch nicht alle Schulen die digitalen Möglichkeiten. Damit bleiben Chancen ungenutzt, die digitale Medien bieten, zum Beispiel für Vertretungsstunden durch Lehrkräfte im Distanzunterricht.

Gleichzeitig sorgen sinkende Kinderzahlen in den Kitas und Schulen für zusätzlichen Druck auf die Bildungslandschaft, nicht nur im ländlichen Raum. Entscheidungen stehen an, um möglichst viele dieser Kitas und Schulen zu erhalten und ein dichtes Bildungsnetz und ein gutes Angebot für junge Menschen zu knüpfen. Zudem werden die Menschen in unserem Land immer älter. Das ist erfreulich – immer mehr ältere Menschen fordern unsere Gesellschaft aber ebenfalls heraus. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, häusliche Pflege und Strukturen für die stationäre Pflege sind nur drei Herausforderungen, vor denen wir stehen.

## Was wir wollen

Die FDP will in Sachsen-Anhalt ein Bildungsumfeld schaffen, das jedem Menschen – ob im Kindergarten, in Schule, Hochschule oder in der Erwachsenenbildung – beste Chancen ermöglicht. Alle Bildungswege sind uns gleich viel wert. Das muss sich auch in der Ausstattung der Einrichtungen widerspiegeln: Von der Kita bis zur Berufsschule oder Hochschule brauchen wir moderne Lernumgebungen auf dem neuesten Stand der Technik. Denn uns geht es darum, möglichst allen Menschen ein eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen – wirtschaftlich auf eigenen Füßen und möglichst umfassend und lange selbstbestimmt.

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Die vorhandene moderne digitale Infrastruktur soll nun durch eine entsprechende Struktur und Geräte in allen Schulen ergänzt werden, um zeitgemäßes Lernen zu ermöglichen und Unterrichtsausfall – gerade im ländlichen Raum – möglichst zu vermeiden. Wir investieren in gute, nachhaltige und barrierefreie Schulgebäude und arbeiten daran, digitale Kompetenzen zu verbessern und die Freude am Lernen zu fördern. Wir investieren außerdem in die Berufsausbildung, Hochschulen und Universitäten und bereiten uns so auf die Zukunft vor.

Gleichzeitig setzen wir auf Chancengerechtigkeit: Kinder, die sprachliche oder soziale Startnachteile haben, unterstützen wir frühzeitig, damit ein erfolgreicher Schulstart gelingt. Schulen in sozial benachteiligten Gegenden statten wir mit zusätzlichen Ressourcen aus, damit kein Kind zurückbleibt.

Wir schenken Lehrkräften das Vertrauen und den Freiraum, den sie für ihre Arbeit benötigen. Lebenslanges Lernen wollen wir als Selbstverständlichkeit etablieren – durch bessere Zugänge zur Weiterbildung für jede Bürgerin und jeden Bürger, damit Sachsen-Anhalts Menschen den Wandel der Arbeitswelt aktiv mitgestalten können. Auf diese Weise schaffen wir ein Bildungssystem, in dem Menschen von Geburt an bis ins hohe Alter auf ihre Weise lernen können.

## **Was wir machen**

### **Schulen und Kitas in einem Ministerium bündeln**

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert, die Zuständigkeiten für Schulen, Kitas und Horte in einem Ministerium zu bündeln. Damit sollen die Übergänge zwischen frühkindlicher Bildung und Schule besser verzahnt und Doppelstrukturen abgebaut werden. Wir sprechen uns ausdrücklich für die Beibehaltung des differenzierenden Schulsystems inklusive des Förderschulsystems aus. Eine Einheitsschule lehnen wir ab.

### **Frühkindliche Bildung: starke Startchancen statt Verwahrung**

Unsere Überzeugung: Eine starke Gesellschaft entsteht aus starken Individuen. Der Grundstein für ein gelingendes Leben wird dafür im Elternhaus und in den Kitas gelegt. Entscheidend ist Qualität in jeder Bildungslaufbahn: Zeit für jedes Kind, gute Sprachförderung, Ausprägung motorischer Fähigkeiten und sozialer Kompetenzen. Möglich wird dies durch stabile Teams und eine enge Verzahnung von Kindertagesstätte, Hort und Grundschule, damit Übergänge nicht zu Brüchen werden. Gleichzeitig müssen Kitas so organisiert sein, dass sie zum Alltag der Familien passen – mit flexiblen Öffnungszeiten nach tatsächlichem Bedarf. Beitragsstabilität bleibt ein Ziel – aber nicht um den Preis sinkender Qualität. Dazu gehören Transparenz bei den realen Betreuungskosten sowie mehr Entscheidungsspielräume für Einrichtungsleitungen und Träger, damit gute Pädagogik nicht im Verwaltungsdickicht stecken bleibt.

### **Sprache ist der Schlüssel zur Welt.**

Wir wollen sicherstellen, dass alle Kinder die deutsche Sprache vor Schuleintritt sicher beherrschen. Die Sprachvermittlung ist für uns die Priorität in der frühkindlichen Bildung. Deshalb ist eine verbindliche Sprachstandsfeststellung mit Vollendung des 3. Lebensjahres erforderlich. Werden Sprachdefizite festgestellt, müssen diese bis zum Schulbeginn aufgeholt werden. Dabei sind Eltern und Einrichtungen in der Pflicht. Wir wollen dazu alle Potenziale, so auch die Expertise von Logopäden, nutzen. Die entsprechende Förderung kann in der Kindertageseinrichtung oder in einer Praxis für Logopädie erfolgen.

Die Fähigkeit, sich in der deutschen Sprache auszudrücken, ist auch erforderlich, wenn Schüler in höherem Alter in unser Land ziehen. Hier ist jeweils festzustellen, ob eine sprachliche Vorbereitung oder ein den Unterricht begleitender zusätzlicher Sprachunterricht der sinnvollste Weg ist.

## **Familien**

### **Für echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Wir starten ein landesweites Modellprojekt zur Förderung von „Gemeinschaftsbüros mit Kinderbetreuung“ und mobilen Betreuungsreserven. Anstatt Eltern allein zu lassen, fördern wir Zentren, in denen Eltern arbeiten können, während ihre Kinder im selben Gebäude professionell betreut werden. Zudem unterstützen wir den Aufbau von Betreuungszusammenschlüssen, die kurzfristig und unbürokratisch einspringen, wenn Arbeitszeiten außerhalb der üblichen Öffnungszeiten von Kindertagesstätten liegen – etwa bei Schichtarbeit oder im ländlichen Raum. Dieses Programm soll als Brücke dienen, um die starren Strukturen der herkömmlichen Betreuung zu überwinden und jungen, beruflich engagierten Eltern die optimale Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.

### **Familien stärken**

Obwohl Sachsen-Anhalt bereits über eine hohe Betreuungsdichte verfügt, stellt die Kinderbetreuung viele berufstätige Eltern vor eine Herausforderung, die mit ihren arbeitsbedingten Anforderungen schwer in Einklang zu bringen ist. Denn zukunftsfähige Betreuung beginnt bei der Qualität der pädagogischen Arbeit und endet nicht bei der Regelung von Öffnungszeiten. Mit der frühkindlichen Bildung in den Kindertagesstätten wird der Grundstein zu einem selbstbestimmten und verantwortungsvollen Leben gelegt. Um Sachsen-Anhalts Talente von morgen zu entdecken und zu fördern, ist es unerlässlich, das Niveau der frühkindlichen Bildung im Hinblick auf die rasant zunehmende Komplexität unserer Lebens- und Berufswelt anzuheben. Erzieher müssen hierfür entsprechend ausgebildet und von bürokratischen Dokumentationspflichten entbunden werden, um sich ihren Kernaufgaben widmen zu können. Einbetten wollen wir dies in ein Bildungsgesamtkonzept und die damit einhergehende und zwingend erforderliche engere

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Kooperation und Verzahnung von Kindertagesstätte, Hort und Grundschule, um den langfristigen Bildungserfolg eines jeden Kindes zu ermöglichen. Zudem fordern wir eine weitere Anpassung des Betreuungsschlüssels unter Einbezug der Erfordernisse der individuellen Kinderförderung sowie der notwendigen zeitlichen Kontingente für die Vor- und Nachbereitung sowie die Fort- und Weiterbildungen der Erzieher. Dabei wollen wir dafür sorgen, dass nicht nur Fachkräfte, sondern auch unterstützendes Personal eingesetzt werden.

Hohe Qualität in der frühkindlichen Bildung darf nicht an finanziellen Hürden scheitern – deshalb nehmen wir auch die Beitragsgestaltung in den Blick. Wir wollen Fehlanreize in der Geschwisterkindregelung auflösen, ohne diese abzuschaffen. Um unnötige Kosten zu reduzieren, ist ein Bürokratieabbau unabdingbar. Da die Bedürfnisse der Kinder variieren und Eltern unterschiedliche Schwerpunkte in der Erziehung setzen, fordern wir eine entsprechende Ausweitung der Entscheidungsspielräume der Kitaleitungen sowie eine starke und bürokratiearme Unterstützung von Einrichtungsträgern bei der Realisierung von bedarfsgerechten Kinderförderprojekten.

### **Leistung fördern, Aufstieg ermöglichen: Vielfalt der Wege statt Gleichmacherei**

Wir streben nach einer Gesellschaft ohne Barrieren – in Köpfen, Institutionen und im Alltag. Ein Miteinander, das Teilhabe ermöglicht statt verhindert. Denn nur dort, wo Menschen frei denken und handeln können, entstehen Innovation, Kreativität und Zusammenhalt. Auch Bildungsgerechtigkeit entsteht nicht durch Einheitsmodelle, sondern durch passgenaue Wege. Ein vielfältiges Schulsystem nimmt unterschiedliche Begabungen ernst und eröffnet Aufstieg – über berufliche Praxis genauso wie über akademische Laufbahnen. Leistung braucht zudem klare Rückmeldung und transparente Standards. Begabtenförderung und Wettbewerbe können Talente zusätzlich motivieren und sichtbar machen.

## **Bildung**

### **Digitale Bildung und Medienkompetenz: Souveränität statt Überforderung**

Digitale Bildung beginnt nicht beim Gerät, sondern bei Kompetenz: Informationen prüfen, Quellen bewerten, Desinformation erkennen, verantwortungsvoll kommunizieren – das gehört systematisch in Schule und Lehrkräftebildung. Dafür braucht es moderne Infrastruktur, einheitliche datenschutzkonforme Lernplattformen und vor allem eine professionelle IT-Betreuung, damit Pädagoginnen und Pädagogen nicht nebenbei Administratoren sein müssen. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt der Digitalassistenten ein, die in unseren Schulen einen wichtigen Beitrag zur Förderung digitaler Kompetenzen leisten, unsere Lehrkräfte in der Umsetzung digitaler Lehr- und Lernformate unterstützt, künftig auch zusätzlich Angebote für Schülerinnen und Schüler unterbreiten kann und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Schulsystems stärkt. Wir wollen außerdem Freiräume für

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Schulen, um digitale Konzepte vor Ort zu entwickeln und neue Formate wie Hybridunterricht oder KI-gestützte Lernwerkzeuge zu erproben – begleitet von Forschung und Evaluation, damit Innovation den Unterricht messbar besser macht.

### **Datengestützt zu mehr individueller Förderung und evidenzbasierter Bildungspolitik**

Wir wollen die datengestützte Systemsteuerung und Qualitätsentwicklung in Schulen und in der frühkindlichen Bildung systematisch auf- und ausbauen, um die Voraussetzungen für die individuelle Förderung unserer Kinder gezielt zu verbessern. Damit dies gelingt, setzen wir uns ein für

- den Auf- und Ausbau einer modernen, datenschutzkonformen Dateninfrastruktur mit nutzerfreundlichen und adressatengerechten Dashboardstrukturen und Feedbacksystemen
- die Ausgestaltung klarer Zieldefinitionen und Qualitätsstandards
- die Schaffung offener Schnittstellen und interoperabler Systeme sowie
- eine verbindliche Verankerung von Data Literacy in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, Schulleitungen und Fachkräften in der frühkindlichen Bildung.

Dabei dient die Datenerhebung keinem Selbstzweck, sondern – dem aktuellen Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) folgend – einer gezielten Förderung und evidenzbasierten Bildungspolitik, die Chancen verbessert, statt Defizite zu verwalten. Dazu müssen Lern- und Entwicklungsstände sowie Förderbedarfe früh erkannt, verständlich aufbereitet und in konkretes Handeln übersetzt werden – von der individuellen Förderung unserer Kinder und Jugendlichen bis zur effizienten Ressourcensteuerung. Denn nur mit mehr Transparenz, klarer Verantwortung und evidenzbasierter Steuerung gelingt bessere Bildung für jedes Kind.

### **Smartphone und Social Media: Vorbereitung statt Verbote**

Der Umgang mit digitalen Medien an Schulen kann und muss vor Ort entschieden werden: Das gilt für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht wie für die Handynutzung auf dem Schulgelände. Wer Kinder und Jugendliche auf die digitale Welt vorbereiten will, braucht keine Verbote, sondern gute Unterstützungsangebote auch für Eltern. Wir Freie Demokraten fürchten eine Auseinandersetzung mit sozialen Medien, Algorithmen und Künstlicher Intelligenz nicht, sondern stellen die Befähigung zur mündigen Nutzung von digitalen Plattformen in die Mitte unserer Politik. Pauschale Verbote, etwa von sozialen Medien im Jugendalter, lehnen wir ab. Wir setzen auf eigenverantwortliches Handeln und die pädagogische Expertise vor Ort. Angebote der Medienbildung bauen wir stetig weiter aus.

### **Wiedereinführung des Leistungskurses Geschichte**

Wir fordern die Wiedereinführung des Leistungskurses Geschichte an Gymnasien in Sachsen-Anhalt. Geschichte stärkt das demokratische Bewusstsein, vermittelt Orientierung

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



in einer komplexen Welt und fördert die Fähigkeit zu kritischer Urteilsbildung. Ein eigenständiger Leistungskurs verleiht diesem wichtigen Fach wieder das notwendige Gewicht in der gymnasialen Oberstufe.

### **Wir zünden den Innovationsturbo und stärken die MINT-Bildung**

Wer die Herausforderungen der Zukunft meistern will, muss die Bildung im Bereich von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) stärken. So sichern wir auch den Bedarf der regionalen Wirtschaft an gut qualifizierten Auszubildenden und Arbeitskräften.

Wir sichern die verbindliche Verankerung der MINT-Fächer in den Stundentafeln und die Unterrichtsversorgung. Die Lehrkräfteversorgung ist unter anderem durch Image-Kampagnen für entsprechende Lehramtsstudiengänge sowie Weiterbildung und Qualifizierung von Seiteneinsteigern zu sichern.

Wir stärken das Netz außerschulischer Lernorte und sichern den niederschweligen Zugang zu deren Angeboten über eine digitale, landesweite Angebotsplattform. Diese unterstützt die Lehrkräfte bei der Planung zur Nutzung der Angebote.

Ergänzend setzen wir auf „Räume für Macher“: öffentlich zugänglich in Bibliotheken, Schulen und geeigneten Orten, in denen Jugendliche und Erwachsene Technik, Kreativität und Unternehmergeist praktisch lernen können – stationär und mobil, gemeinsam mit Partnern aus der Region.

### **Profilklassen mit dem Schwerpunkt Künstliche Intelligenz**

Wir wollen an weiterführenden Schulen Profilklassen mit dem Schwerpunkt „Künstliche Intelligenz“ schaffen. Dort sollen Schülerinnen und Schüler gezielt Kompetenzen in Künstlicher Intelligenz, Datenanalyse, Algorithmik und Softwareentwicklung erwerben. So fördern wir Zukunftstechnologien frühzeitig im Unterricht und bereiten junge Menschen auf die digitale Arbeitswelt von morgen vor.

### **Landeseinheitlicher Schülerkostensatz**

Ein landeseinheitlicher Schülerkostensatz sorgt dafür, dass Bildung fair finanziert wird – unabhängig vom Schulträger oder dem finanziellen Spielraum der Kommune. Für Sachsen-Anhalt mit seinen zahlreichen kleinen Schulen im ländlichen Raum und unterschiedlichen Trägersituationen ist dieses Modell geeignet, um Bildungschancen in der Fläche gleichwertig zu sichern. Gleichzeitig setzen wir damit ein Signal: Gute Schulen sind in erster Linie eine Investition in Talente, Chancengerechtigkeit und Zukunft – erst in zweiter Linie eine Kostenfrage.

### Wir fordern:

- Einführung eines landeseinheitlichen Schülerkostensatzes je Schulform, der gleichermaßen für alle öffentlichen und freien Schulen in Sachsen-Anhalt gilt – damit gute Bildung keine Frage der Schulträgerschaft oder des Elternbeitrags ist.
- Der Kostensatz orientiert sich an richtwertbasierten Vorgaben: Er deckt den tatsächlichen Aufwand für Grundversorgung, Betreuung und Förderung der Schülerinnen und Schüler einer Schulform ab – unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten (z. B. ländlicher Raum, Schulgröße, Sozialindex).
- Der Kostensatz wird jährlich transparent ausgewiesen und angepasst. So schaffen wir Planungssicherheit für Schulen, Schulträger und Eltern.
- Öffentliche Mittel sollen so verwendet werden, dass Qualität in der Bildung Vorrang hat vor pauschaler Beitragsfreiheit ohne Standards.
- Freie Schulen werden beim Kostensatz gleichbehandelt und in die Ressourcenzuweisung einbezogen. Förderung, Eigenverantwortung und Trägerfreiheit werden gestärkt.
- Das Land führt ein Monitoring-System ein, das jährlich überprüft, inwieweit der Schülerkostensatz Wirkung zeigt, zum Beispiel bei Ausstattung, Personal, Zusatzangeboten, sozialem Mix und Schulqualität – analog zu den in Brandenburg und Sachsen formulierten Konzepten zur Qualitätssicherung.
- Entscheidungen über Personalbeschaffung und den Lehrkräfteeinsatz werden von Schulleitungen der öffentlichen Schulen vor Ort getroffen. Damit stärken wir deren Eigenverantwortung.
- Zur Unterstützung wird das Landesschulamt in eine Personalserviceagentur umgewandelt.

### **Lehrkräfte stärken: Mehr Unterricht, weniger Papier**

Gute Schule scheitert oft nicht an Ideen, sondern an Überlastung. Wer Lehrkräfte entlastet, sorgt am Ende dafür, dass Kinder mehr verlässlichen Unterricht erleben, Feedback bekommen und echte Förderung statt „Verwaltung von Unterrichtsausfall“ stattfindet. Dazu gehört: unterrichtsfremde Aufgaben auf mehr Schultern zu verteilen – durch Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Verwaltungsassistenz oder professionelle IT-Unterstützung an Schulen. Schluss mit Dokumentationspflichten, die pädagogisch nichts bringen. Stattdessen setzen wir auf eine datengestützte, aber datensparsame Qualitätsentwicklung: weniger unnötige Dokumentation, mehr gezielt nutzbare Informationen für individuelle Förderung, gute Schulentwicklung und bessere Entscheidungen im Bildungsalltag. Das schafft mehr Zeit für das, was wirklich zählt: guter Unterricht, verlässliche Elternarbeit und die bestmögliche Förderung jedes Kindes.

### PPP für Bildungsinfrastruktur

Sachsen-Anhalt steht vor der Herausforderung, die Bildungsinfrastruktur zu modernisieren und dabei Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen. Mit PPP-Modellen wollen wir öffentliche Mittel gezielt einsetzen, um dringend benötigte Investitionen in moderne Lernorte zu tätigen:

- Sachsen-Anhalt unterstützt gezielt Public Private Partnership-Modelle (PPP) für den Ausbau, die Modernisierung und den langfristigen Betrieb frühkindlicher und schulischer Bildungsinfrastruktur, um qualitativ hochwertige Lernräume bedarfsgerecht, zeitnah und kosteneffizient zu schaffen.
- PPP-Modelle werden dann gewählt, wenn Planung, Bau, Ausstattung und Betrieb von Bildungsinfrastruktur gemeinsam mit privaten Partnern effizienter, innovativer und terminsicher realisiert werden können – unter Wahrung öffentlicher Steuerung, hoher Bildungsqualität und langfristiger Nutzbarkeit.
- Besonders in ländlichen Regionen und strukturschwachen Kommunen wollen wir mit PPP-Lösungen kleinere Schulen, moderne Fachräume, digitale Lerninfrastruktur und Ganztagsangebote sichern – weil öffentliche Haushaltsmittel alleine oft nicht ausreichen, um den Sanierungsstau und die Anforderungen an moderne Lernumgebungen zu bewältigen.
- PPP-Projekte werden nach klaren Kriterien ausgewählt: Transparenz bei Kosten und Nutzen, Ausschreibungen mit Wettbewerb, langfristige Nutzungsverträge und eine verbindliche Evaluation nach Fertigstellung und Betrieb. Öffentlicher Auftrag und Qualität bleiben in staatlicher Verantwortung – private Partner übernehmen Bau, Ausstattung oder Betrieb mit marktwirtschaftlichem Ansatz.
- Das Land unterstützt Kommunen bei der Umsetzung von PPP-Projekten mit Standard-Vertragsmustern, Risikomanagement-Rahmen und einer Anlaufstelle im Bildungsministerium, damit PPP-Projekte planbar, rechtssicher und effizient realisiert werden können.
- Die Bildungsqualität bleibt unabhängig vom Finanzierungs- bzw. Betreibermodell: Schulträger und Bildungsaufsicht behalten Steuerung, Pädagogik und Inhalte vollständig in der Hand. PPP dient ausschließlich der Infrastruktur – nicht den pädagogischen Inhalten.
- Generell sollen Schulgebäude unabhängig von der Eigentümersituation auch außerhalb des Unterrichts für weitere Aktivitäten geöffnet und so zum Beispiel Heimat für Vereine und Kulturangebote werden. Dies stärkt vor allem den Zusammenhalt im ländlichen Raum.

### **Wir setzen auf die Lehrerinnen und Lehrer**

Wir setzen auf Qualität, Vielfalt und Innovation in der Bildung. Dafür investieren wir vorrangig in die Menschen, die Bildung möglich machen – die Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Ausbilder und Dozenten. Sie brauchen die bestmögliche Ausbildung, laufende Weiterbildung und ein Arbeitsumfeld, das es ihnen erlaubt, sich auf ihre pädagogischen Kernaufgaben zu konzentrieren. Deshalb werden wir Bürokratie abbauen und auch in Zukunft Unterstützungskräfte einstellen, damit Lehrkräfte und Erziehende entlastet werden.

### **Lehramtsausbildung neu ausrichten – dem Lehrkräftemangel wirksam begegnen**

Der Mangel an qualifizierten Lehrkräften gehört zu den größten Herausforderungen unseres Bildungssystems – insbesondere in Sachsen-Anhalt. Vor allem in ländlichen Regionen führt er zu häufigem Unterrichtsausfall und einer wachsenden Belastung für Schulen, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler. Diese Entwicklung gefährdet Bildungsgerechtigkeit und Zukunftschancen. Wir brauchen deshalb ein entschlossenes Umsteuern – mit zeitgemäßen Ausbildungswegen, attraktiven Rahmenbedingungen und einer praxisnäheren Lehrkräftegewinnung:

- Für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger fordern wir ein verbindliches, 1,5-jähriges Qualifizierungsprogramm mit pädagogischer Schulung, begleitenden Fortbildungen und individuellem Mentoring – nach Vorbild erfolgreicher Modelle. Hochschulen sollen ergänzend praxisnahe berufsbegleitende Angebote schaffen.
- Praxiseinsätze im Lehramtsstudium – z. B. als Vertretungslehrkraft oder im Praxissemester – sollen bei entsprechender Qualität auf das Referendariat angerechnet werden können. Zudem wollen wir Programme ausbauen, bei denen fortgeschrittene Lehramtsstudierende als Tutorinnen und Tutoren unterrichtsbegleitend eingesetzt und professionell begleitet werden.
- Wir fordern die Erweiterung des Zugangs zum Lehramtsstudium. Neben dem Abitur soll künftig zum Beispiel auch die Fachhochschulreife den Zugang zum grundständigen Lehramtsstudium ermöglichen. Hierbei setzen wir auch auf die Zusammenarbeit mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Wir etablieren ein System des Talent-Scoutings in Vereinen und anderen Bereichen der Jugendarbeit, um geeignete Bewerber zu identifizieren. Die lehrerbildenden Einrichtungen sollen zudem gezielt geeignete Bewerberinnen und Bewerber mit beruflicher Vorerfahrung, etwa Erzieherinnen und Erzieher, zulassen können. So erschließen wir neue Zielgruppen für den Lehrerberuf.

### **Unterrichtsergänzende Angebote**

Wir stärken zudem unterrichtsergänzende Angebote an Schulen und bauen gezielt Kooperationen mit Vereinen, Kultureinrichtungen und außerschulischen Trägern aus. Gerade im Ganztagsbereich sollen Sport-, Musik- und Kulturangebote fester Bestandteil des Schulalltags werden. Dafür sind entsprechende Mittel bereitzustellen, damit Schulen solche Kooperationen verlässlich planen und umsetzen können.

### **Schulstandorte erhalten Gesellschaft**

Gute Bildung braucht erreichbare Schulen. Gerade im ländlichen Raum sichern Schulstandorte Gemeinschaft, Ehrenamt und Zukunft. Deshalb setzen wir auf Schulnetzwerke statt kalter Schließungslogik: Mehrere Standorte können organisatorisch zusammengeführt werden, Unterrichtsangebote und Fachpersonal werden geteilt – und dort, wo es sinnvoll ist, kommt die Lehrkraft zum Standort, nicht das Kind zum entfernten Zentrum. Schulgebäude sollen außerdem stärker als Orte im Dorf funktionieren – auch am Nachmittag, gemeinsam mit Vereinen und Kulturangeboten.

### **Berufliche Bildung und duale Ausbildung: Fachkräfte sichern, Praxis aufwerten**

Sachsen-Anhalt braucht mehr Respekt und Sichtbarkeit für berufliche Wege. Duale Ausbildung ist ein Aufstiegsmodell. Sie muss modern sein: digitaler Unterricht an Berufsschulen, stärkere IT- und Medienkompetenz in den Ausbildungsgängen und eine Berufsorientierung, die junge Menschen nicht automatisch Richtung Studium schiebt, sondern Chancen in Handwerk, Industrie und Mittelstand offensiv zeigt. Wir setzen uns für eine Fortführung der bewährten Praktikumsprämie ein. Unser Land braucht neben Akademikern gut ausgebildete Facharbeiter, die hier im Land bleiben und an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes mitwirken. Eliten gibt es nicht nur an Hochschulen, sondern auch in Betrieben. Diese finden und fördern wir, denn wir brauchen sie für eine Zukunft in unserem Bundesland. Bestehende Förderinstrumente entwickeln wir bedarfsgerecht weiter.

### **Ab 10 Jahren lernen wir für den Beruf: fürs Leben lernen**

Während die elementare Bildung in der Grundschule wesentliche sprachliche und mathematische Fähigkeiten abdeckt, beginnt ab der 5. Klasse die Vorbereitung auf das eigenständige Erwerbsleben. Bereits heute ist das durch Spezialfächer wie Physik und Kunst, aber auch durch den Wahlpflichtbereich Normalität. Wir möchten daher, dass Schüler früher, strukturierter und umfassender lernen, welche Berufsoptionen für sie offenstehen. Daher etablieren wir ab Klasse 7 regelmäßige Unternehmensbesuche und Praktika. In diesen didaktisch aufbereiteten Formaten lernen Schüler aller weiterführenden Schulformen selektiv ausgewählte Unternehmensprozesse kennen, um ein Verständnis für die großartigen Möglichkeiten in unseren mittelständischen Unternehmen zu erhalten.

### **Das “Macher-Mindset” in die Schulen bringen**

Viele Schüler können sich nicht vorstellen, wie Unternehmer Entscheidungen treffen und woraus sie ihre Motivation beziehen. Dabei sind Unternehmer für den ökonomischen Erfolg unseres Bundeslandes maßgeblich. Wir gewinnen Unternehmer dafür, regelmäßig in Schulen über Erfolge, Hindernisse und wie sie damit umgehen, über Ambitionen und unternehmerische Leidenschaft, über rationales Handeln ins Gespräch zu kommen – letztlich über all das, was man das “Macher-Mindset” nennt. Diese Kontakte sollen nicht auf Projektwochen begrenzt sein.

## **Wissenschaft**

### **Wissen wächst, wenn man es teilt**

Unsere Hochschulen sind Innovationszentren für die Zukunft: offen, international und leistungsorientiert. Ein durchgängiger Bildungsweg, der bereits in der Schule ansetzt, sichert die Studienkompetenz künftiger Generationen. Zusätzlich schaffen wir Freie Demokraten verlässliche Karrierewege: Mit definierten Karrierepfaden (Tenure-Track-Professuren) und fairen, dem Wissenschaftsbereich entsprechenden Arbeitsbedingungen stärken wir Forschungsambitionen und offene Aufstiegsmöglichkeiten.

Die Hochschulen sollen auch in Zukunft Zielvereinbarungen mit dem Land schließen. Sie tragen Verantwortung für Personal, Profil und Budget sowie die Bauherreneigenschaft. Das schafft Effizienz, Eigenständigkeit und Innovationskraft im Wettbewerb. Autonomie ist aber vor allem für den Bereich der Forschung und Lehre elementar. Wir lehnen deshalb Beschränkungen der Forschung etwa durch sogenannte Zivilklauseln ab. Hochschulen müssen im Rahmen der Meinungsfreiheit ein Ort der Diskussion und des Austausches sein. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch Tendenzen, Mitgliedern der Hochschule die freie Meinungsäußerung zu beschneiden, treten wir entschieden entgegen.

Damit Spitzenleistungen gedeihen, sorgen wir für optimale Rahmenbedingungen. Das gilt auch für die Studierenden. Bezahlbarer Wohnraum durch den Markt und in Kooperation mit den Studentenwerken, gezielte Förderung studentischer Innovationsprojekte und eine kontinuierliche Evaluation von Studienverläufen bieten die nötige Unterstützung. Psychische Gesundheit und Wohlbefinden stehen dabei im Fokus, denn nur wer sich frei entfalten kann,

bringt Ideen voran. So wächst eine Campuslandschaft, die Wissen beflügelt und unser Land zum hervorragenden Forschungs- und Studienstandort macht.

Wir werden:

- bestehende Hochschulstandorte insbesondere im ländlichen Raum gezielt unterstützen und strukturell fördern. Die Digitalisierung der gesamten Bibliotheksbestände der Hochschulen ist hierbei unabdingbar.
- Grundmittel je Studierenden, Betreuungsrelation und Raumausstattung erhalten
- mehr englischsprachige Studienprogramme und Module in den Curricula unserer Hochschulen verankern
- die Kooperation zwischen Schule und Hochschule stärken, um die Studierfähigkeit der Abiturienten zu verbessern und den Übergang zwischen Schule und Hochschule zu erleichtern
- eine angemessene Versorgung mit studentischem Wohnraum sichern
- die Rolle privater Hochschulen anerkennen und bei nachgewiesener Qualität ermöglichen, dass sie von staatlichen Förderprogrammen nicht ausgeschlossen werden
- Anreize setzen für die Herausbildung von hochschulspezifischen fachlichen Schwerpunkten, insbesondere mit Verknüpfung zu regional starken Industriezweigen, zum Beispiel durch besondere Berücksichtigung bei Förderprogrammen. Bestrebungen zur Einführung von Zivilklauseln an den Hochschulen lehnen wir ab.
- strategische Zukunftslabore an Hochschulen einrichten für Themen wie KI, Robotik oder synthetische Biologie
- den Digitalisierungsschub der Hochschulen verstetigen – durch eine verlässliche Finanzierung und die Sicherung einer kombinierten digitalen Lehre mit der Lehre in Präsenz.
- Wettbewerb um Studierende durch passgenaue Angebote stärken
- die Teilnahme an Vorlesungen eigenverantwortlich regeln
- die Einhaltung des politischen Neutralitätsgebots sicherstellen
- ein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, zum Grundgesetz und zu grundsätzlichen Freiheitsrechten voraussetzen, dazu gehört auch die Anerkennung des Existenzrechts Israels
- keinen Wettbewerb um Studierende durch ein Absenken der Zugangskriterien: Die Studienzugangsberechtigung bleibt Mindestvoraussetzung, ergänzt durch eine mögliche Hochschulzugangsprüfung. Das senkt Abbruchquoten und stärkt den Fachkräftenachwuchs. Dies gilt auch für beruflich erworbene Studienzugangsberechtigungen.
- keinen Zwang zur Mitgliedschaft in der Studierendenschaft

### **Forschung ist Zukunft – Wir investieren in kluge Köpfe**

Forschung ist der Herzschlag unserer Gesellschaft: Sie entfacht Innovation, schafft Wohlstand und gestaltet unsere Zukunft. Sachsen-Anhalt soll ein Ort sein, an dem auch internationale Spitzenforscher sich zuhause fühlen. Unsere Hochschulen sind Motoren für Innovation und regionale Wertschöpfung. Damit Forschung wirklich wirkt, braucht sie Freiräume: durch weniger bürokratischen Ballast bei Anträgen und Nachweisen, mehr verlässliche Finanzierung und stärkere Brücken von Hochschule zu Start-ups und Mittelstand. Kooperationen zwischen Schulen und Hochschulen sollen außerdem helfen, Studierfähigkeit zu sichern und Übergänge zu erleichtern – ohne neue Zentralsteuerung, dafür mit klaren Zielen und guten Rahmenbedingungen.

Parallel stärken wir unsere Universitäten im bundesweiten Exzellenzwettbewerb, damit Sachsen-Anhalt auch künftig Weltspitze in der Forschung bleibt. So schaffen wir einen Wissenschaftsstandort, der Neugier fördert, Freiräume öffnet und Ideen den Raum gibt, unsere Welt nachhaltig zu verändern.

Wir werden:

- unser Land als Forschungsstandort weltweit bekannter machen, um eine Sogwirkung auf internationale Talente zu haben
- die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft stärken. Regionale Vernetzung stärkt Wissens- und Technologietransfer, besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Bachelorstudiengänge sollen berufsqualifizierend sein.
- Forschungsschwerpunkte finanziell stärken
- den Zeit- und Personalaufwand für Forschungsanträge und Dokumentationspflichten durch den Abbau von Bürokratie reduzieren
- zentrale bürokratische Hürden in der Forschungsförderung abbauen und innovationsfreundlichere Rahmenbedingungen schaffen
- Kleinstförderungen auflösen
- Rahmenbedingungen für den personellen Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verbessern und faire Möglichkeiten zur Be- und Entfristung wissenschaftlicher Stellen schaffen
- gezielt internationale, zum Beispiel ausreisewillige US-amerikanische Forscherinnen und Forscher oder solche exzellenten Bewerber, die bisher für Forschung und Studium in die USA eingereist wären, für Wissenschaftseinrichtungen in Sachsen-Anhalt anwerben.

## **Soziales**

### **Jugendpolitik**

Damit Jugendliche ihre Fähigkeiten und Interessen entdecken und entwickeln können, sollen die Mittel der Kinder und Jugendhilfe des Landes entsprechend der Entwicklung des Verbraucherpreisindex erhöht werden. Die Jugendarbeit gewinnt so langfristige Planungssicherheit.

Gleichzeitig ist Jugendarbeit kein Selbstzweck. Deshalb ist unser Ansatz, dass Eigenanteile als ein wichtiger Baustein für funktionierende Angebote weiter bestehen und ausgebaut werden. Dadurch wird sichergestellt, dass eine Nachfrage für die Angebote existiert und gleichzeitig gewährleistet, dass eine Teilnahme nicht am Geldbeutel scheitert.

Partizipation von jungen Menschen ist uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb wollen wir eine konkretere Ausformulierung der rechtlichen Grundlage, die die Beteiligung (beispielsweise durch Jugendparlamente oder -beiräte) regelt. Dabei werden wir aber den Kommunen die Freiheiten lassen, selbst zu entscheiden, welche Struktur dafür geeignet ist.

Darüber hinaus streben wir langfristig die Einführung eines Landesjugendparlaments an, welches echte Mitbestimmung auch auf Landesebene sicherstellt. Junge Menschen sind unsere Zukunft, deshalb müssen ihre Belange wahrgenommen werden und in politische Entscheidungsprozesse einfließen.

### **Senioren**

Unser Ziel ist die maximale Eigenverantwortung und Autonomie des Einzelnen in jedem Lebensalter. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, individuelle Lebensentwürfe respektieren und dort unterstützen, wo Hilfe gebraucht wird. Zugleich hat sich unser Verständnis vom Altern grundlegend gewandelt: Immer mehr Menschen bleiben bis ins höhere Lebensalter gesund und leistungsfähig und möchten sich länger aktiv in Beruf und Gesellschaft einbringen. Deshalb setzen wir uns für eine stärkere Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen ein, damit ältere Arbeitnehmer entsprechend ihren individuellen Wünschen und Fähigkeiten am Erwerbsleben teilhaben können. Starre Altersgrenzen, die den Wunsch nach weiterer Beschäftigung verhindern, wollen wir dort abbauen, wo sie nicht sachlich gerechtfertigt sind. Als Liberale begrüßen wir grundsätzlich den Vorstoß der „Aktivrente“, fordern jedoch im selben Atemzug die Gleichbehandlung Selbstständiger und Freiberufler, die bislang nicht vom steuerfreien Zuverdienst profitieren sollen.

Neben der Möglichkeit, länger aktiv zu bleiben, ist auch das soziale Miteinander ein entscheidender Faktor für Lebensqualität im Alter. Um sozialer Isolierung und damit einhergehenden gesundheitlichen Nachteilen vorzubeugen, wollen wir Orte der Begegnung fördern, um dort zivilgesellschaftlichen Initiativen Raum zu geben, um zu wirken. Dazu

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



gehören die Unterstützung und Vereinfachung von bereits etablierten Nachbarschaftshilfen (zum Beispiel PiA e.V.) sowie die Bereitstellung von Räumlichkeiten für bürgerschaftliches Engagement. In diesem Hinblick wollen wir auch die digitale Teilhabe stärker ins Auge fassen und Schulungsangebote stärken, die älteren Menschen den Umgang mit digitalen Ressourcen näherbringen. Zivilgesellschaftliche Initiativen in diesen Bereichen brauchen eine bürokratische Entlastung und – mehr als eine allgemeine Förderung – Räume, in denen sie ihre Angebote durchführen können.

Selbstbestimmung im Alter setzt zudem komfortable und barrierefreie Wohnbedingungen voraus. Deshalb wollen wir deren Schaffung erleichtern, sowohl im Neubau als auch im Bestand. Wir setzen uns diesbezüglich für eine umfassende Überprüfung der sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen ein. Zugleich unterstützen wir innovative Ansätze wie Ambient Assisted Living (AAL), die mithilfe alltagsnaher Technik – etwa über mobile Endgeräte – mehr Sicherheit und Komfort im eigenen Zuhause ermöglichen. Barrierefreiheit muss jedoch auch als Standard im öffentlichen Raum gelten. Daher forcieren wir den Abbau baulicher Hindernisse. Inklusion muss bereits bei der Planung unserer Umwelt beginnen.

### **Arbeitsmarkt und Sozialsysteme**

Unsere Sozialsysteme stehen bereits jetzt vor massiven Finanzierungsproblemen und werden von großen Teilen der Bevölkerung als dysfunktional empfunden. Ursächlich hierfür sind neben Fehlanreizen auch eine zunehmende Leistungsausweitung aufgrund einer steigenden gesellschaftlichen Erwartungshaltung. Sozialleistungen sollten Menschen nicht dauerhaft versorgen, sondern nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ befähigen, schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt zurückzukehren und das Leben selbstbestimmt zu führen. Für uns gilt: Leistung muss sich lohnen. Aufstieg muss durch eigene Kraft möglich sein. Daher wollen wir das „Bürgergeld“ bzw. die „neue Grundsicherung“ neu gestalten. Wer staatliche Hilfe in Anspruch nimmt, muss entsprechend auch seinen Mitwirkungspflichten nachkommen. Geschieht dies nicht, soll der zur Verfügung stehende Sanktionsspielraum konsequent ausgeschöpft werden, so muss zum Beispiel die Ablehnung einer zumutbaren Arbeit eine Leistungskürzung nach sich ziehen. Zudem befürworten wir die Einführung gemeinnütziger Arbeitspflichten, welche als Brücke in den regulären Arbeitsmarkt dienen. Dafür werden wir ein Landesprogramm auflegen, um den Kommunen die Nutzung dieser Werkzeuge zu erleichtern.

Gute Sozialpolitik bedeutet, den Menschen mehr von ihrem Geld zu lassen und ihnen Arbeit zu ermöglichen. Wir setzen uns daher für die Senkung der Einkommensteuer ein und werden dies über den Weg einer Bundesratsinitiative auf den Weg bringen. Gleichzeitig wollen wir jede Überstunde steuerfrei stellen.

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Wir wollen, dass Langzeitarbeitslose zur Bürgerarbeit verpflichtet werden. Sie sollen Tätigkeiten ausführen, die zusätzlich sind, den Wettbewerb nicht verzerren und im öffentlichen Interesse liegen.

Wer als Langzeitarbeitsloser Unterstützung der Solidargemeinschaft erhält, sollte auch selbst einen Beitrag leisten. Wir werden deshalb mit den Jobcentern und Jugendhilfeträgern ein landesweites Programm aufsetzen, das junge Arbeitslose und Langzeitarbeitslose in solche Arbeitsgelegenheiten bringt.

Wer die Teilnahme verweigert, muss mit Leistungskürzungen rechnen. Zugleich sollen in Abstimmung mit den Trägern verbindliche Sanktionsmöglichkeiten geschaffen werden. Wichtig ist außerdem, dass auf diese Maßnahmen schnell weitere Schritte folgen, um den Übergang in eine reguläre Beschäftigung zu erleichtern.

### **Null Toleranz für Diskriminierung**

Wir zeigen null Toleranz gegen diejenigen, die Menschen wegen ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung, ihres individuellen Lebensentwurfs oder geschlechtlichen Identität diskriminieren. Dies ist Grundsatz unserer Politik für benachteiligte Gruppen. Dazu wollen wir etwa in der Jugendarbeit und in der Schule Diskriminierung entgegenwirken und mit Aufklärung für Toleranz und Akzeptanz werben. Das Land hat die Aufgabe, zu unterstützen und einen stabilen und handlungsfähigen Rechtsstaat aufzustellen und notfalls Strafverfolgung zu gewährleisten.

Zudem unterstützen wir den Aufbau von festen Ansprechpersonen für die Antidiskriminierung in der Polizei und fordern eine konsequente sowie nachhaltige Fortbildung. Wir fordern zudem, dass Großveranstaltungen von diskriminierten Gruppierungen ausreichend mit Polizisten abgesichert sind, um Angriffe auf Teilnehmende zu verhindern.

### **Akzeptanz für Geschlechtsneutralität in Sachsen-Anhalt verbessern**

Das Urteil zur dritten Geschlechtsoption stellt uns vor die Aufgabe, im praktischen Verwaltungshandeln verschiedene Geschlechtsidentitäten zu berücksichtigen. Administrative Akte müssen vom Gedanken der Selbstbestimmung geprägt sein. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit darf nicht von verschiedenen externen Gutachtern abhängig sein.

Wir machen uns dafür stark, dass die Angabe des Geschlechts nur dort in der Verwaltung erfasst wird, wo dies unbedingt nötig ist. Darüber hinaus treten wir dafür ein, keine Gendersprache in der Behördenkommunikation vorzuschreiben.

### **Leben mit Handicap in Selbstbestimmung**

Die FDP Sachsen-Anhalt fordert für die Eingliederungshilfe des Landes

- die Umsetzung der Vorhaben des Landesaktionsplans,
- die Erbringung von personenzentrierten Angeboten für Menschen mit Handicap
- die Förderung des Budgets für Arbeit,
- die Förderung von Zuverdienstprojekten und
- die Förderung der anderen Leistungsanbieter.

Wir setzen uns für eine bessere Anerkennung von Abschlüssen ein und stärken inklusive Werkstätten. Menschen mit Behinderungen müssen die Chance erhalten, ihre Talente auf dem Arbeitsmarkt einzubringen.

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) ist die bisher größte Gesetzesreform des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen. Mit ihm soll die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung durch mehr Selbstbestimmung und mehr Teilhabe verbessert werden.

Wir wollen diese Rahmenbedingungen nutzen, um mehr Selbstbestimmung und Inklusion zu ermöglichen. Wir stehen dafür, dass Menschen mit Behinderung ohne Bevormundung ihr Leben gestalten können und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen erhalten. Ein Baustein dafür ist der stärkere Fokus auf Inklusion im Arbeitsmarkt. Dafür wollen wir für die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen stärkere Anreize schaffen, dies intensiver zu verfolgen. Ebenfalls muss das Land selbst als Vorbild vorangehen und das Budget für Arbeit stärker nutzen und Informationen für die Privatwirtschaft bereitstellen.

Der neu verhandelte Landesrahmenvertrag muss in der praktischen Umsetzung nun zeigen, ob er erreicht, was die Regierung sich verspricht. Wir werden die Entwicklungen weiter eng begleiten und, wenn notwendig, Nachverhandlungen forcieren. Eine stärkere Personenzentrierung und Selbstbestimmung müssen immer das Ziel einer inklusiven Behindertenpolitik sein.

Wir setzen uns für eine bessere Anerkennung von Abschlüssen ein und stärken inklusive Werkstätten. Menschen mit Behinderungen müssen die Chance erhalten, ihre Talente auf dem Arbeitsmarkt einzubringen.

### **Gleichstellung und Frauenpolitik**

Chancengerechtigkeit bedeutet im Sinne eines liberalen Ansatzes, dass jeder Mensch, unabhängig von seinem Geschlecht oder seiner Herkunft, durch Engagement das erreichen kann, was er oder sie möchte. Deshalb verfolgen wir eine Gleichstellungspolitik, die Chancen eröffnet und nicht falsche Gleichmacherei betreibt.

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Das bisherige Frauenfördergesetz entwickeln wir zu einem zeitgemäßen Gleichstellungsgesetz weiter. Wir rücken das Individuum und die persönlichen Fähigkeiten in den Mittelpunkt. Starre Geschlechterquoten lehnen wir ab. Stattdessen plädieren wir für Flexibilität, Leistungsorientierung und Entscheidungsfreiheit in allen Strukturen der Gesellschaft. Wir stehen für gleichberechtigte Erziehungs- und Erwerbsarbeit von Frauen sowie für vielfältige, selbst gewählte Familienformen.

Frauen sind häufiger Opfer häuslicher Gewalt. Deshalb wurden in der vergangenen Legislatur bereits unterschiedliche Verbesserungen für die Hilfsstrukturen beschlossen – beispielsweise die Einführung von Hauswirtschafterinnen in Frauenhäusern oder die Unterstützung bei Investitionen. Diesen Weg wollen wir weiter gehen und sowohl die Frauenhäuser stärken als auch die Ursachen für häusliche Gewalt bekämpfen. Beispielsweise sehen wir die Abschaffung der Eigenanteile für die Übernachtung in Frauenhäusern als einen geeigneten Weg.

Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland noch immer öffentlich stigmatisiert und rechtlich kompliziert geregelt. Diese Situation erschwert Betroffenen den Zugang zu medizinischer Versorgung und führt zu zusätzlicher Unsicherheit in einer ohnehin sensiblen Lebensphase. Eine fundierte und praxisnahe Ausbildung ist notwendig, um eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen. Zudem braucht es eine deutlich verbesserte Angebotslage sowie gut erreichbare, ausreichend ausgestattete Beratungsstellen. Der Zugang zu wohnortnaher, professioneller und ergebnisoffener Beratung und medizinischer Versorgung muss für alle Betroffenen gewährleistet sein.

## **Medien**

### **Freie Medien, starke Vielfalt, fairer Wettbewerb**

Meinungsfreiheit braucht Meinungsvielfalt. Meinungsvielfalt braucht starke private und öffentlich-rechtliche Angebote – und Rahmenbedingungen, die Innovation ermöglichen, statt sie zu regulieren. Sachsen-Anhalt setzt auf eine vielfältige Medienlandschaft und faire Wettbewerbschancen auch im digitalen Raum, einschließlich der Auffindbarkeit auf Plattformen und Geräten.

### **Rundfunkbeitrag: Stabilität statt Automatismen**

Wir werden einen Reformprozess für den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) anstoßen mit dem Ziel, verbindliche Rahmenbedingungen für Senderanzahl, Gehaltsstruktur der Führungskräfte und Ausstattung zu schaffen mit dem Ziel, die Akzeptanz des ÖRR bei den Menschen zu sichern und dessen Kosten nicht weiter steigen zu lassen. Auch der durch die Länder bestellte Programmauftrag muss hierfür reduziert werden.

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Akzeptanz entsteht durch Qualität, Wirtschaftlichkeit und Maßhalten bei Kosten. Wir lehnen automatische Indexmodelle ab. Das heißt, wir wollen nicht, dass die Gebühr automatisch an die Inflation oder die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung angepasst wird, ohne dass für jede Erhöhung ein neuer Staatsvertrag der Bundesländer nötig ist. Wir setzen uns dafür ein, für Unternehmen den Rundfunkbeitrag zu streichen. Arbeitnehmer zahlen die Gebühr praktisch doppelt, da sie sie zu Hause auch bezahlen. Eine weitere Erhöhung des Rundfunkbeitrags lehnen wir ab.

### **Kultur**

#### **Kultur ist Identität – und Standortfaktor**

Kultur prägt unser Land. Sie stiftet Identität, schafft Begegnung und ist zugleich ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor – von der Kreativwirtschaft bis zur Veranstaltungsbranche. Wir wollen kulturelle Vielfalt ermöglichen, ohne sie in Bürokratie zu ersticken, und privates Engagement stärker als Chance begreifen. Sachsen-Anhalt besitzt ein einzigartiges kulturelles Erbe und ein lebendiges zeitgenössisches Kulturleben. Kaum ein anderes Bundesland vereint so viele UNESCO-Welterbestätten – von Quedlinburg über das Bauhaus in Dessau bis zum Wörlitzer Gartenreich und dem Naumburger Dom. Hinzu kommen eine vielfältige Museums- und Theaterlandschaft, eine starke Musik- und Festivalstruktur sowie eine wachsende Filmszene mit Kinos, Festivals und Sachsen-Anhalt als bedeutendem Drehstandort.

Kultur ist mehr als ein Angebot – sie ist Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wo Menschen leben, entsteht Kultur: in Opernhäusern und Museen ebenso wie in Bibliotheken, der freien Szene oder der Subkultur. Kultur bildet die Vielfalt unserer Gesellschaft ab. Aufgabe der Kulturpolitik ist es, die Freiheit der Kunst zu sichern, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und Teilhabe für alle zu ermöglichen.

Gerade in Zeiten großer Veränderungen brauchen wir Kultur als Ort der Orientierung, der Kreativität und der Innovation. Sie eröffnet neue Perspektiven, bringt Menschen zusammen und hilft, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen aktiv zu gestalten. Für uns hat die Freiheit der Kunst einen hohen Stellenwert. Eine demokratische, liberale Gesellschaft lebt von einem offenen Kunstbegriff. Gleichzeitig verbindet Kultur unser historisches Erbe mit der Gegenwart. Deshalb wollen wir die Vermittlungsarbeit in kulturellen Einrichtungen stärken, damit alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Bildung, Alter oder Geschlecht – Zugang zu Kultur haben und sich selbst einbringen können.

Gute Kulturpolitik beginnt in der Bildung. Wir wollen Kulturpolitik wieder gemeinsam mit der Bildungspolitik in einem Ministerium bündeln. So stärken wir ihre Bedeutung und schaffen bessere Voraussetzungen, kulturelle Bildung von Anfang an mitzudenken. Musik, Kunst und Gestalten gehören selbstverständlich in jeden Stundenplan – ebenso wie Lesen, Theater-

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



AGs und kreative Projekte. Denn kulturelle Neugier entsteht früh. Wer offen und kreativ denkt, ist auch an der Zukunft unseres Landes interessiert und gestaltet diese mit. An Hochschulen und in den Medien muss Kultur wieder sichtbarer werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk trägt Verantwortung, kulturelle Themen stärker ins Zentrum zu rücken und nicht an den Rand der Sendezeiten zu verschieben.

Kultur ist zugleich ein starker Wirtschaftsfaktor. Sie bildet eine zentrale Grundlage für Tourismus, Stadtentwicklung und Lebensqualität. Großereignisse und Jubiläen – etwa rund um Martin Luther oder das Bauhaus – zeigen, welche Strahlkraft Kultur entfalten kann. Festivals wie Sputnik Spring Break auf der Halbinsel Pouch oder Full Force und SPLASH! auf Ferropolis sind Kultur sowie Wirtschafts- und Imagefaktor zusammen. Sie machen Sachsen-Anhalt attraktiv für Gäste, Unternehmen und Fachkräfte. Deshalb setzen wir auf eine stärkere Vernetzung von Kultur, Kreativwirtschaft sowie Veranstaltungs- und Eventbranche. Kultur schafft Arbeitsplätze, stärkt Regionen und belebt Städte ebenso wie den ländlichen Raum.

Gleichzeitig erwarten wir von kulturellen Einrichtungen ein verantwortungsvolles und wirtschaftliches Handeln. Öffentliche Förderung ist die Grundlage freier kultureller Arbeit – sie schließt jedoch Eigeninitiative, Eigeneinnahmen und effiziente Strukturen nicht aus. Transparente Evaluationsinstrumente können helfen, Wirkung und Entwicklung besser sichtbar zu machen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen die kulturelle Vielfalt Sachsens-Anhalts bewahren und zugleich Raum für Neues schaffen. Neben starken Institutionen brauchen wir mutige Projekte, kreative Experimente und Orte, an denen junge Menschen erleben: Dieses Land gehört auch ihnen – und sie können es mitgestalten.

## Kapitel 3:

# Ein moderner Staat

## Wie es ist

Nur mit einer starken Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kann unser Land ein Zuhause für alle Bürgerinnen und Bürger sein. Wenn wir uns umblicken, ist uns sehr bewusst, dass eine starke Demokratie kein Selbstläufer ist. Unsere Gesellschaft steht unter Druck. Von außen etwa durch autokratische Regime, die Cyberangriffe und Desinformation nutzen, um unserer offenen Gesellschaft zu schaden. Und von innen, etwa durch populistische Politiker, die Zwietracht säen und das Vertrauen in Institutionen untergraben. Leider tragen auch unsere öffentlichen Einrichtungen immer wieder dazu bei, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger schwindet. Wer lange auf einen Termin oder die Bearbeitung eines Vorganges warten muss, wessen Klage lange vor Gericht anhängt, zweifelt an seinem Staat. Demokratie kann zerbrechen. Das ist eine Lektion, die uns zum Handeln antreibt. Für die FDP Sachsen-Anhalt ist die Stärkung unserer liberalen Rechtsstaatlichkeit der wichtigste Schritt.

Zugleich hat der Versuch, unseren Staat so gerecht wie möglich und unsere Leben so abgesichert wie möglich zu gestalten, zu immer mehr Unfreiheit geführt. Der Staat, aber auch Selbstverwaltungsorganisationen, Kassen, Verbände und Vereine, greifen mit Vorgaben, aber auch mit zahlreichen gut gemeinten Ratschlägen in das Leben der Menschen ein. Dabei verausgaben sich öffentliche Stellen häufig so, dass die Kernaufgaben nicht mehr angemessen erledigt werden. Staatliche Prozesse dauern zu lange, sind zu kompliziert und lähmen Unternehmen wie Bürger.

## Was wir wollen

Wir wollen einen modernen Rechtsstaat und eine starke Demokratie mit einer freien und widerstandsfähigen Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der sich die Menschen sicher fühlen – draußen, zu Hause und online. Ein moderner Staat konzentriert sich auf seine Kernaufgaben. Er sorgt dafür, dass seine Bürgerinnen und Bürger wissen, dass er funktioniert. Eltern sind sicher, dass ihre Kinder sicher sind. Frauen wissen, dass sie sich jederzeit überall frei bewegen können, ohne sich Sorgen machen zu müssen. Wer gegen Gesetze verstößt, weiß, dass dies staatlich geahndet wird. Aus dem Leben der Bürgerinnen und Bürger aber hält sich der Staat weitestgehend raus.

Auch damit das gelingt, muss sich der Staat auf das Wesentliche konzentrieren. Reduzieren wir überbordende Bürokratie und konzentrieren wir staatliche Finanzen auf das, was sein muss. Wir sind überzeugt: Es geht doch, auch wenn staatliche Vorschriften in der Vergangenheit oft ein üppiges Wachstum hatten. Wir sind überzeugt: Wenn Verwaltung gut

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



arbeitet, merkt man sie kaum: Der Antrag ist schnell gestellt, der Bescheid kommt nachvollziehbar, und wer investiert oder ein Unternehmen führt, verbringt seine Zeit nicht mit Formularen, sondern mit Kunden, Ideen, Produkten und Beschäftigten.

Wenden sich Bürger mit Fragen an unsere Behörden, dürfen Sie nicht wegen Zuständigkeitspingpong entnervt aufgeben. Ziel muss eine echte Hilfe sein. Machen wir uns allen wieder klar, dass Behörden von Steuergeld bezahlt werden und unser aller Leben einfacher und fairer machen sollen. Das gilt für alle Bereiche staatlichen Handelns, vor allem aber für die Kernbereiche hoheitlicher Tätigkeiten, für Polizei, Justiz und Finanzverwaltung.

Die Beteiligung junger Menschen an demokratischen Prozessen ist ein zentraler Baustein einer lebendigen und zukunftsfähigen Demokratie. Wir setzen uns daher für die Einführung des aktiven Wahlalters ab 16 Jahren bei Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ein. Junge Menschen übernehmen früh Verantwortung in Schule, Ausbildung, Ehrenamt und Gesellschaft. Sie sollen deshalb auch frühzeitig die Möglichkeit erhalten, politische Entscheidungen mitzugestalten.

## **Was wir machen**

### **Verwaltung und Digitalisierung**

#### **Einmal angeben, überall nutzen: Daten nicht doppelt abfragen**

Der Staat fragt Daten nicht mehrfach ab. Was bei Finanzämtern oder in anderen Registern bereits vorhanden ist, wird nicht noch einmal erhoben, es sei denn, der nochmaligen Datenverwendung wird widersprochen. Dafür braucht es eine zügige Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes des Bundes. Das spart Kosten, verhindert Fehler und beschleunigt Verfahren spürbar.

#### **Regeln mit Ablaufdatum: Bürokratie muss sich rechtfertigen**

Vorschriften dürfen nicht ewig weiterlaufen, nur weil sie einmal eingeführt wurden. Neue Regelungen, die in unternehmerische oder gesellschaftliche Freiheiten eingreifen, werden befristet und müssen ihre Wirksamkeit beweisen – sonst entfallen sie zum festgelegten Stichtag. Alle untergesetzlichen Regelungen, die älter als zehn Jahre sind, treten Ende 2027 außer Kraft. Sollen sie darüber hinaus gelten, sind ihre Bürokratielasten für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger zu bestimmen.

#### **Planbare Genehmigungen: Tempo statt Aktenwanderung**

Bürokratieabbau zeigt sich daran, dass Genehmigungen wieder planbar werden. Wer investiert, braucht Fristen, Verlässlichkeit und digitale Nachvollziehbarkeit. Für zentrale Genehmigungen gelten verbindliche Entscheidungsfristen; Verfahren müssen online verfolgbar sein, damit jederzeit klar ist, wo ein Antrag steht und was noch fehlt. Wo die

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Verwaltung Fristen ohne rechtfertigenden Grund überschreitet, darf daraus kein Investitionsstopp entstehen.

### **Kontrolle ohne Generalverdacht: weniger Papier, mehr Wirkung**

Entbürokratisierung bedeutet Kontrolle dort, wo sie wirkt – nicht als Dauerverdacht. Statt massenhafter Berichtspflichten, die gerade den Mittelstand überfordern, werden Melde- und Nachweispflichten drastisch vereinfacht oder gestrichen, wo sie keinen Gewinn für Sicherheit oder Verbraucherschutz bringen. Gerade im Bereich der Förderung, vor allem von Kommunen, sollen die Prüfungen der Verwendungsnachweise nur noch durch Stichprobenkontrollen abgesichert werden – verbunden mit klaren Sanktionen bei echten Verstößen. So bleibt der Rechtsstaat stark, ohne dass er alle unter Generalverdacht stellt.

### **Fortschritt messbar machen: Entlastung darf kein Gefühl bleiben**

Bürokratielasten müssen transparent und überprüfbar sinken. Der Abbau wird deshalb über eine App sichtbar gemacht, in der die wichtigsten Bürokratielasten dokumentiert und ihre Entwicklung über die Zeit aufgezeigt werden. So wird Entbürokratisierung zum politischen Gradmesser: Jede Regierung muss daran erkennbar liefern.

### **Digitale Verwaltung ohne Umwege**

Digitalisierung ist dann gut, wenn sie Freiheit schafft: bessere Services, weniger Wege, weniger Papier, schnellere Entscheidungen. Dafür brauchen wir robuste Netze, digitale Kompetenzen und einen Staat, der technische Innovationen selbstverständlich nutzt.

Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sollen Verwaltungsleistungen durchgängig digital nutzen können – vom Antrag bis zum Bescheid, ohne Medienbrüche und ohne Papier. Aktuell können in unserem Land über 400 Verwaltungsleistungen digital „aus dem Wohnzimmer“ beantragt werden, in Zukunft sollen es alle sein. Wo digitale Verfahren etabliert sind, können Prozesse automatisiert werden, damit knappe Personalressourcen dort wirken, wo Menschen gebraucht werden: bei Beratung, Kontrolle in echten Risikofällen und bei der Durchsetzung des Rechts.

### **Digital only**

In Zukunft soll die Verwaltung, die eine Leistung digital verfügbar macht, diese ausschließlich digital anbieten können – der Postweg oder die E-Mail entfällt. Daten werden ausschließlich in das vorgesehene Tool eingegeben. Damit kann die Verwaltung deutlich effizienter und mit geringerem Personaleinsatz arbeiten. Für Menschen, die über keinen Zugang zum Internet verfügen, bleibt aber die Möglichkeit erhalten, ihren Antrag vor Ort in der Verwaltung erfassen zu lassen.

### **Wissen, wo der Antrag ist**

Wir nutzen digitale Anwendungen, um für Bürgerinnen und Bürger eine möglichst große Transparenz der Verwaltungsprozesse zu schaffen, indem wir dafür sorgen, dass der Bearbeitungsstand des eigenen Antrages verfolgt werden kann. Und wir setzen sie ein, um Beteiligungen etwa bei öffentlichen Anhörungen einfach zu ermöglichen. Dabei wollen wir den erfolgreichen Weg der letzten Jahre weitergehen und landesweit die 20 Top-Behördengänge bis 2027 durch einfache digitale Prozesse ablösen inklusive eID und Zahlfunktion.

### **Wenn möglich automatisiert**

Es gibt zahlreiche Verwaltungsprozesse, die ganz oder teilweise automatisiert erfolgen können. Dies gilt etwa für die Vollständigkeitsprüfung von Antragsunterlagen, die nur abgesendet werden können, wenn sie vollständig sind oder für Anträge, bei denen wenig Ermessen ausgeübt wird. Mit der Einmalzahlung der Energiepauschale für Studierende oder der robotergestützten Prozessautomatisierung (RPA) für die Auszahlung der Vorgriffstunde haben wir bereits gezeigt, welche Personaleinsparungen und welchen Tempogewinn die Automatisierung und die KI bringen. Wir werden die Automatisierung dieser Vorgänge gemeinsam mit den Kommunen aber auch in der Landesverwaltung konsequent weiter vorantreiben. Denn wir sind überzeugt, dass so auch kleine Orte zukunftsfähig werden.

## **Justiz**

Eine moderne, leistungsfähige und gut erreichbare Justiz ist das Aushängeschild unseres demokratischen Rechtsstaates. Deshalb setzen wir uns für die Erhaltung der vorhandenen Gerichtsstandorte in Sachsen-Anhalt ein.

Die landesweite Einführung der elektronischen Akte in allen Bereichen der Justiz muss bis spätestens 2030 abgeschlossen sein. Einer nochmaligen Verlängerung der Frist erteilen wir eine Absage. Dabei ist uns wichtig, dass nicht nur die herkömmliche Papierakte digital abgebildet wird, sondern die Abläufe insgesamt so digitalisiert werden, dass vom verfahrenseinleitenden Antrag bis zur abschließenden Entscheidung kein Medienbruch mehr erfolgen muss.

Die bauliche und technische Infrastruktur der Gerichte und Staatsanwaltschaften muss ein modernes und digitales Arbeiten ermöglichen - sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für externe Verfahrensbeteiligte während der Termine. Dafür sind modernste Rechentechnik sowie schnelle und BSI-konforme Drahtlosnetzwerke mit Zugangsmöglichkeiten für alle Verfahrensbeteiligten eine unerlässliche Voraussetzung.

Das Angebot der Nutzung von Videokonferenztechnik für Gerichtsverhandlungen muss von der Ausnahme zur Regel werden. Nur für solche Termine, bei denen das für die

Entscheidungsfindung erforderlich ist (zum Beispiel Hauptverhandlungen in Strafsachen oder Zeugenvernehmungen) soll das persönliche Erscheinen zwingend angeordnet werden. Bei allen anderen Verhandlungen soll es den Beteiligten freigestellt werden, ob sie im Saal oder online anwesend sein wollen.

Die Justiz muss in allen Bereichen ein attraktiver Arbeitgeber werden. Hierfür wollen wir - unter Berücksichtigung der hoheitlichen Aufgabenerfüllung - flächendeckend flexible Arbeitszeiten und mobiles Arbeiten ermöglichen und ein Personalentwicklungskonzept einführen, das leistungsgerechte Beförderungsmöglichkeiten eröffnet.

Kernaufgabe der Justiz ist die hoheitliche Durchsetzung des geltenden Rechts. Das schließt aber nicht aus, dass eine moderne Justiz sich auch als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger versteht, wo dies sinnvoll und möglich ist. Deshalb wollen wir Angebote einer gerichtsnahen Mediation in zivil- und verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten ausweiten.

Meinungsfreiheit ist Grundvoraussetzung einer funktionierenden Demokratie. Ihr Schutz ist in einem demokratischen Rechtsstaat Kernaufgabe der rechtsprechenden Gewalt. Wir sind der Meinung, dass das geltende Strafrecht ausgewogene Entscheidungen zwischen dem Recht, Meinungen frei äußern zu können, und dem Recht, die Persönlichkeit und Ehre anderer zu schützen, ermöglicht. Forderungen nach einem besonderen Ehrschutz für bestimmte Personengruppen lehnen wir deshalb ab.

Zum Schutz der Opfer von Straftaten gehört es, deren persönliche Daten besonders zu schützen. Ein unerwünschter Kontakt mit Tätern kann traumatisieren. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass Anschriften und ähnlich wichtige Daten von Opfern und anderen Zeugen regelmäßig getrennt von der eigentlichen Verfahrensakte gespeichert werden. Sie dürfen nur mit Einverständnis der betroffenen Person oder bei Darlegung eines besonderen rechtlichen Interesses übermittelt werden.

Um schwere materielle und immaterielle Folgen von Straftaten zumindest teilweise zu lindern, wenn ein Schadensausgleich vom Täter nicht zu erlangen ist, wollen wir den Opferhilfefonds des Landes aufstocken und verstetigen.

Wir passen den Gerichtsvollzieherdienst an die modernen Anforderungen an. Dies beginnt bei der Ausbildung im Rahmen eines Fachhochschulstudiums, geht über die Ermöglichung digitaler und mobiler Arbeit und beinhaltet die Übernahme der Kosten für Eigenschutz und zeitgemäße Büroausstattung durch den Dienstherrn.

### **Justizvollzug**

Zur nachhaltigen Sicherung der Personalstärke und Leistungsfähigkeit des Justizvollzugs ist ein verbindliches, landesweit einheitliches Personalentwicklungs- und Aufstiegskonzept einzuführen. Dieses hat sämtliche Beförderungs-, Verwendungs- und

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Aufstiegsmöglichkeiten transparent, planbar und ausschließlich nach objektiven Kriterien der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung auszugestalten.

Ziel ist es, bereits bei der Nachwuchsgewinnung klare, realistische und nachvollziehbare Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen und jedem während seiner gesamten Laufbahn verlässliche Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen. Der Grundsatz der Bestenauslese ist konsequent und überprüfbar umzusetzen; informelle, intransparente oder haushaltsgetriebene Karrierehemmnisse sind zu beseitigen.

Ein solches System stärkt Motivation, Bindung und Leistungsbereitschaft, erhöht die Attraktivität und trägt dauerhaft zur Qualität staatlichen Handelns bei.

Wir setzen uns für den zügigen Neubau der Justizvollzugsanstalt im Süden Sachsen-Anhalts ein. Dabei stellen wir sicher, dass moderne Sicherheitsstandards beachtet werden. Sozial- und Therapieräume, Arbeits- und Ausbildungsbereiche sowie ein verbindliches Übergangsmangement zur Entlassung müssen bei der Planung ebenso Einfluss finden wie eine gute Verkehrsanbindung für Familienkontakte, die Kooperation mit regionalen Unternehmen, die Einbindung freier Träger und eine transparente Kommunikation mit der Kommune.

## **Sicherheit**

### **Polizei**

Wir sorgen für sichtbar mehr Polizei in Stadt und Land durch eine klare Aufgabentrennung nach Qualifikation. Der auf Initiative der FDP in der aktuellen Legislatur begonnene Stellenaufwuchs auf 7.000 Stellen im Polizeivollzugsdienst konnte fast erreicht werden. Wir halten an der Zielzahl fest, damit hochqualifizierte Beamtinnen und Beamte ihre Kernaufgaben wahrnehmen: Schutz, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Daneben bauen wir den Einsatz von Verwaltungsmitarbeitern im Polizeidienst, die Verwaltungs- und Organisationsaufgaben wahrnehmen, auf 1.200 Stellen aus und setzen uns für die Schaffung einer Laufbahn als Polizeiverwaltungsassistenten ein. So wird der Vollzugsdienst konsequent entlastet, Ressourcen werden effizient eingesetzt – und mehr Polizei hat Zeit für ihre Kernaufgaben: Schutz von Sicherheit und Ordnung.

Wir bauen Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei und Ordnungsämtern flächendeckend aus und machen gemeinsame Einsätze zum Regelfall. Klare Zuständigkeiten, feste Absprachen und abgestimmtes Handeln verhindern Kompetenzgerangel, erhöhen die Präsenz im öffentlichen Raum und sorgen dafür, dass staatliche Autorität geschlossen, effizient und für die Bürger sichtbar wahrgenommen wird.

Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, die Nutzung von sogenannten Blitzer-Warn-Apps neu zu regeln und zu ermöglichen.

Es ist ein verbindliches, landesweit einheitliches Personalentwicklungskonzept für den Polizeivollzugsdienst einzuführen, das Beförderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten transparent, planbar und strikt nach objektiven Kriterien (Eignung, Leistung, Befähigung) regelt. Ziel ist es, jedem Polizeivollzugsbeamten realistische und nachvollziehbare Entwicklungsperspektiven zu eröffnen, den Grundsatz der Bestenauslese konsequent umzusetzen und die Attraktivität des Polizeivollzugsdienstes nachhaltig zu steigern. Kurz gesagt: Leistung muss sich wieder lohnen – sichtbar, gerecht und verlässlich.

Ebenso fordern wir die Abschaffung aller Waffenverbotszonen im Land und damit die Abschaffung der Möglichkeit der anlasslosen Personenkontrollen in diesen.

### **Rasseliste abschaffen**

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, die im Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren (HundeG) aufgeführte sogenannte Rasseliste abzuschaffen.

### **Brand- und Katastrophenschutz**

Menschen müssen sicher sein, dass sie im Brandfall schnell Hilfe bekommen. Dafür müssen wir die Handlungsfähigkeit vor Ort stärken. Wir wollen, dass die Kommunen mehr als bisher an den steigenden Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer beteiligt werden. Ihr Anteil an den Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer ist gesetzlich auf mindestens ein Drittel der jährlichen Einnahmen festzuschreiben und als dynamischer Posten auszugestalten, der automatisch mit dem Steueraufkommen wächst.

Wir fordern zusätzlich die Einrichtung eines rechtlich selbstständigen Landesfonds für Katastrophenschutz, der bei Großschadenslagen (zum Beispiel Großbränden, Hochwasser) zum Einsatz kommt. Aus diesem Fonds soll außerhalb des regulären Haushalts eine schnelle und unbürokratische Mittelbereitstellung ermöglicht werden. Der Fonds ist dauerhaft aus einem festen Anteil der Feuerschutzsteuer zu speisen; zusätzlich sind freiwillige Beteiligungsmodelle für Kommunen sowie private Dritte (zum Beispiel Unternehmen, Versicherer) gesetzlich zu ermöglichen.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass mehr Gebäude gegen Elementarschäden versichert werden. Eine Pflichtversicherung halten wir aber nicht für das richtige Modell. Wir wollen, dass allen Gebäudeeigentümern eine Versicherung angeboten wird. Wer nicht versichert ist, darf im Schadensfall nicht auf Hilfe von „Vater Staat“ warten.

Das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge ist als zentrales Landeskompetenzzentrum dauerhaft zu sichern und mit verbindlichen Aufgaben in Ausbildung, Forschung und Einsatznachbereitung, insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, zu betrauen.

Das Land hat ein einheitliches, ressortübergreifendes Bevölkerungsschutzkonzept zu erarbeiten und regelmäßig fortzuschreiben, einschließlich klarer Zuständigkeiten, Kommunikationsstrukturen und Vorsorgemaßnahmen für die Bevölkerung. Sachsen-Anhalt muss ein verbindliches Schutzkonzept für Kritische Infrastrukturen (Energie, Wasser, Gesundheit, IT, Verkehr) vorlegen, das Risikoanalysen, Mindeststandards und Kooperationspflichten mit privaten Betreibern festschreibt.

### **Kommunales**

#### **Kommunen**

Eine leistungsfähige kommunale Selbstverwaltung setzt eine dauerhaft auskömmliche Finanzausstattung voraus. Kommunen müssen die Chance haben, ihre Pflichtaufgaben ohne strukturelle Defizite zu erfüllen und darüber hinaus eigene politische Schwerpunkte zu setzen. Eine Politik der Aufgabenübertragung mit vollständiger Gegenfinanzierung ist für uns selbstverständlich. Der finanzielle Spielraum nach Erfüllung aller Pflichtaufgaben ist kein Luxus, sondern Kernbestandteil kommunaler Selbstverwaltung. Ohne sie verkommt kommunale Politik zur reinen Verwaltungsroutine. Wer Kommunen jede Luft zum Atmen nimmt, hebt demokratische Verantwortung vor Ort aus. Ziel ist es, dass Kommunen wieder eigenverantwortlich über freiwillige Aufgaben entscheiden können – etwa in den Bereichen Kultur, Sport, Ehrenamt, soziale Infrastruktur und Stadtentwicklung.

#### **Kommunale Selbstverwaltung stärken und Handlungsfähigkeit sichern**

Die kommunale Finanzkrise gefährdet die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt massiv. Die FDP Sachsen-Anhalt will die kommunale Selbstverwaltung deshalb als hohes Gut stärken und Kommunen aus Förderabhängigkeit, Überregulierung und bürokratischer Überforderung befreien.

#### **Rahmenbedingungen für eigenverantwortliches kommunales Handeln verbessern**

Kommunale Selbstverwaltung heißt, dass Städte und Gemeinden wieder eigenverantwortlich entscheiden, Prioritäten setzen und Investitionen nach den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort steuern können. Dafür müssen die kommunal- und haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass sie Handlungsspielräume eröffnen, statt blockieren.

#### **Jahresabschlüsse praxistauglicher gestalten und Kommunen entlasten**

Zugleich wollen wir die inhaltlichen und rechtlichen Anforderungen an die Aufstellung von Jahresabschlüssen deutlich entschlacken. Vorgaben etwa bei Inventur, Dokumentation und Verfahrensschritten müssen auf das notwendige Maß reduziert werden. Die Frist zur Aufstellung des Jahresabschlusses im § 120 (1) des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG LSA) soll von vier Monaten nach Ende des Haushaltsjahres auf sechs Monate nach Ende des

Haushaltsjahres verlängert werden. Gerade personalschwache Kommunen dürfen nicht dauerhaft an Anforderungen scheitern, die in der Praxis kaum erfüllbar sind.

### **Fördermittelschubel abbauen und kommunale Freiheit stärken**

Zugleich wollen wir den Fördermittelschubel im Land deutlich zurückbauen. Kleinteilige Programme, unübersichtliche Zuständigkeiten und aufwendige Antrags- und Nachweisverfahren verursachen hohe Verwaltungskosten und binden Personal, das an anderer Stelle fehlt. Hinzu kommen aufwendige Vorplanungen, fehlende Eigenmittel und Personalmangel, vor allem in kleineren Kommunen. So orientieren sich kommunale Entscheidungen zu oft an Förderkulissen statt an örtlichen Prioritäten.

### **Pauschale Investitionszuweisungen statt kleinteiliger Förderlogik**

Die FDP Sachsen-Anhalt will deshalb einfachere Strukturen, schlankere Verfahren, entschlackte Abrechnungsmodalitäten und mehr Eigenverantwortung. Fördermittel sollen, wo immer möglich, ganz oder teilweise in pauschalierte investive Zuweisungen überführt werden, insbesondere in die Investitionspauschale. So schaffen wir mehr Freiheit vor Ort, weniger Bürokratie und mehr kommunale Verantwortung.

### **Einwohnerzahlen realitätsnah auf Grundlage der Melderegister bemessen**

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die für Finanzausweisungen und kommunale Lastenverteilung maßgeblichen Einwohnerzahlen künftig stärker an den Melderegistern ausgerichtet werden. Wenn erhebliche Abweichungen zwischen Zensusergebnissen und kommunalen Meldedaten entstehen, gefährdet das eine faire Finanzausweisung und benachteiligt insbesondere wachsende oder stark belastete Kommunen. Das Melderegister soll daher künftig die maßgebliche Grundlage oder zumindest ein verbindlicher Maßstab für die Korrektur und Plausibilisierung von Zensusergebnissen sein.

### **Kommunale Einnahmen durch stärkere Beteiligung an Einkommen-, Umsatz- und Gewerbesteuer sichern**

Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Einnahmefundierung der Kommunen strukturell zu stärken. Kommunen müssen stärker an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer beteiligt werden, zugleich muss die Gewerbesteuer als zentrale kommunale Einnahmequelle gesichert und weiterentwickelt werden. Wer vor Ort steigende Aufgaben, Sozialausgaben und Investitionen schultern muss, braucht auch eine verlässliche finanzielle Ausstattung. So stärken wir die Eigenverantwortung der Kommunen, reduzieren Förderabhängigkeit und schaffen mehr Spielraum für kommunale Prioritäten.

### **Echte Konnexität durch vollständigen und überprüfbaren Kostenausgleich**

Außerdem fordern wir echte Konnexität in Form einer Spitzabrechnung für kommunale Leistungen. Wer den Kommunen zusätzliche Aufgaben überträgt, muss auch die tatsächlich

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



entstehenden Kosten ausgleichen. Gleichzeitig bleiben die Kommunen verpflichtet, wirtschaftlich und effizient zu handeln. Zur Sicherung von Transparenz, Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit soll eine unabhängige Evaluierung der Kosten und Ausgleichsmechanismen erfolgen.

### **Interkommunal**

Die Kommunen arbeiten interkommunal zusammen und teilen sich etwa Rechenzentren oder arbeiten nach dem einer-für-alle-Prinzip. Die Digitalisierung schafft bei einer zentralen Aufgabenerledigung den größten Vorteil. Wir bieten den Kommunen deshalb an, gemeinsam mit dem Land kommunale Dienstleistungen zu realisieren. Dafür soll eine gemeinsame Einrichtung geschaffen werden, in der diese Arbeiten zentral für alle Kommunen, die dies wollen, geleistet werden. Ansprechpartner und Absender der entsprechenden Verwaltungsleistungen für den Bürger bleiben die Kommunen. So erhalten wir ihre Arbeitsfähigkeit auch im demografischen Wandel und gewährleisten zugleich, dass Bürgerinnen und Bürger vor Ort ihren Ansprechpartner behalten.

### **Bürgerschaftliches Engagement gezielt auf den demographischen Wandel ausrichten**

Unser Land befindet sich in einem tiefgreifenden Prozess der Transformation, der wesentlich durch den demographischen Wandel geprägt ist. Darauf muss der Staat reagieren. Wir werden unsere Ziele aber nicht erreichen, wenn wir das unglaubliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger nicht stärker nutzen. Wir streben daher mit den Menschen, die bürgerliches Engagement in ihrem Nahbereich zeigen, eine Partnerschaft auf Augenhöhe an. Wir wollen die Anerkennung und den Respekt vor ehrenamtlichem Engagement in unserem Land erhöhen. Dazu wollen wir die Engagementstrategie des Landes neu ausrichten und gezielt auf den demographischen Wandel lenken. Der Zugang zu Engagement, die Anerkennungskultur und öffentliche Wahrnehmung von Freiwilligenarbeit sollen in einer solchen Strategie genauso Beachtung finden wie auch die digitale Transformation im Bereich der Freiwilligenarbeit und des bürgerschaftlichen Engagements. Die Förderungen des Landes sind zu umständlich und führen dazu, dass die Mittel nicht dort ankommen, wo sie sollen. Deshalb werden wir die Förderungen mit geringen Summen für ehrenamtliches Engagement massiv bürokratisch entlasten und vereinfachen.

## **Sport**

### **Sport stärkt Zusammenhalt – Vereine brauchen Freiheit statt Hürden**

Sportvereine sind Orte von Eigenverantwortung, Gemeinschaft, Leistungsbereitschaft. Damit sie diese Rolle erfüllen können, brauchen sie weniger Bürokratie, verlässliche Rahmenbedingungen und moderne Infrastruktur – von Sportstätten bis zu Schwimmangeboten. Staatliche Auflagen, Dokumentationspflichten und Förderbürokratie sind konsequent abzubauen. Wo Ehrenamt trägt, muss der Staat entlasten und ermöglichen.

### **Pauschalförderung ist Vertrauen in die Vereinsbasis**

Wir wollen die Pauschalförderung für Vereine und Mitgliedsorganisationen nachhaltig erhöhen und dynamisieren. Pauschale Mittel geben Vereinen die Freiheit, vor Ort eigenverantwortlich zu entscheiden – unbürokratisch, effizient und bedarfsgerecht. Vereinsgründungen müssen zudem einfach, digital und kostengünstig möglich sein.

### **Ehrenamt verdient Anerkennung und Absicherung**

Ehrenamt darf nicht an Formularen scheitern. Der Grundsatz lautet: Vertrauen statt Misstrauen. Wir wollen ehrenamtliches Engagement im Sport konkret stärken – durch Anerkennungsinstrumente, mehr Sichtbarkeit für ehrenamtliches Wirken und bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit mit Schule, Studium und Beruf sowie die langfristige Sicherung der Freiwilligendienste.

### **Stärkung des Breiten- und Leistungssports**

Die FDP Sachsen-Anhalt setzt sich für die Stärkung der Strukturen im Breitensport und Leistungssport ein. Wir stärken Sport in Kita und Schule und bauen Kooperationen mit Sportvereinen aus. Qualifizierte Trainer- und Übungsleiterstrukturen sichern wir dauerhaft – insbesondere im Nachwuchs- und Leistungssport.

Mit 380.000 Mitgliedern in fast 3.000 Vereinen ist der organisierte Sport die größte Personenvereinigung in Sachsen-Anhalt und leistet damit einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung jedes Einzelnen, aber auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies wollen wir Liberale stärken, zum Beispiel durch die Unterstützung des Ehrenamtes, die Stimulierung zur Erlangung von Trainerlizenzen oder die Gleichstellung von Vereinen, die eigene Liegenschaften nutzen und tragen zu Vereinen, die kommunale Sportstätten in Anspruch nehmen. Bei letzterem geht es auch um die Anpassung des Sportfördergesetzes Sachsen-Anhalt.

Für die Sportvereine insgesamt muss die Inanspruchnahme von kommunalen Sportstätten bezahlbar bleiben. Wir setzen uns deshalb für kontinuierliche Investitionen in Sportstätten ein. Planungs- und Förderverfahren müssen beschleunigt, digitalisiert und ehrenamtsfreundlich gestaltet werden. Der digitale Sportstättenatlas ist dabei ein wichtiges Instrument für sowohl den Fördermittelgeber als auch die Sportstättennutzer.

Der Nachwuchsleistungssport ist Ausdruck unbedingter Leistungsbereitschaft junger Menschen. Daher gilt es, die Eliteschulen des Sports attraktiv zu halten und deren Leuchtturmfunktion sichtbar zu machen.

Für uns Liberale ist es wichtig, Menschen mit Beeinträchtigung durch den Sport zu stärken und sichtbarer zu machen. Daher setzen wir uns weiterhin für Special Olympics und inklusive Sportangebote ein.

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



### **Gleichbehandlung von eSport und neuen Sportarten**

eSport und andere neue, digital geprägte Sportarten sind Ausdruck gesellschaftlicher Realität und dürfen nicht strukturell benachteiligt werden. Förderprogramme, Vereinsrecht und Gemeinnützigkeitsregelungen müssen technologieneutral ausgestaltet sein. Der Staat hat nicht zu bewerten, welche Sportart „richtig“ ist – entscheidend sind Organisation, Fairness und Gemeinwohlorientierung.

### **Offenheit statt Bevormundung**

Liberale Sportpolitik setzt auf Vielfalt, Wettbewerb und Eigeninitiative. Wer sich engagiert, soll unterstützt werden – unabhängig davon, ob auf dem Fußballplatz, in der Turnhalle oder online im Wettbewerb. Innovation entsteht nicht durch Abgrenzung, sondern durch Offenheit.

Wir stehen für: Mehr Freiheit für Vereine. Mehr Wahlfreiheit für Familien. Mehr Fairness für neue Sportarten.

## **Finanzen**

### **Solide Finanzen: Prioritäten, Wirkung, Generationengerechtigkeit**

Ein Staat, der immer mehr verspricht, ohne Prioritäten zu setzen, wird teuer und langsam – und verlagert die Rechnung in die Zukunft. Solide Finanzen sind deshalb nicht nur eine Frage der Zahlen, sondern eine Frage von Fairness zwischen den Generationen. Politik muss sich auf das konzentrieren, was Wachstum ermöglicht: Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung, Energiestandort und Wettbewerbsfähigkeit. Wir setzen uns für eine generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik ein. Die Verschuldung des Landes führt schon jetzt zu hohen Zinslasten. Das ist Geld, das kommenden Generationen nicht mehr für Schulen, Straßen, digitale Verwaltung, innere Sicherheit oder Entlastungen zur Verfügung steht.

Unsere Konsolidierungsstrategie setzt nicht auf höhere Steuern, neue Abgaben oder eine Aufweichung der Schuldenregeln, sondern auf Wachstum, Ausgabendisziplin und Wirkungskontrolle. Für uns gilt: Das Wachstum der Ausgaben muss im langfristigen Trend unterhalb des Wachstums der Einnahmen liegen. Nur so entstehen wieder finanzielle Spielräume, ohne neue Schulden aufzunehmen oder Bürger und Unternehmen zusätzlich zu belasten. Zusätzliche Einnahmen dürfen deshalb nicht automatisch zusätzliche Ausgaben auslösen, sondern müssen vorrangig genutzt werden, um Zukunftsinvestitionen zu sichern, Zinslasten zu begrenzen und Schulden schrittweise abzubauen.

Konsolidierung bedeutet für uns nicht pauschales Kürzen, sondern konsequentes Priorisieren. Neue dauerhafte Ausgaben dürfen nur beschlossen werden, wenn ihre Finanzierung dauerhaft gesichert ist. Bestehende Programme, Förderstrukturen und Aufgaben des Landes müssen regelmäßig darauf überprüft werden, ob sie notwendig,

wirksam und wirtschaftlich sind. Was Wachstum, Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung und Wettbewerbsfähigkeit stärkt, hat Vorrang. Was dauerhaft gebunden, ineffizient, doppelt oder nicht mehr zeitgemäß ist, muss verändert, reduziert oder beendet werden.

Auch bei künftigen Haushaltsaufstellungen muss der Blick deshalb zunächst auf die Ausgaben gerichtet werden, statt nach neuen Einnahmequellen zu rufen. Die beste Einnahmepolitik ist nicht höhere Belastung, sondern mehr wirtschaftliche Dynamik, mehr Investitionen, mehr Beschäftigung und ein leistungsfähiger Standort Sachsen-Anhalt. Einer weiteren Verschuldung und einer Aufweichung der Verschuldungsregeln des Landes stellen wir uns entgegen. Unser Ziel ist ein handlungsfähiger Staat, der mit dem Geld der Bürger sorgfältig umgeht, Prioritäten setzt und die Verschuldung des Landes schrittweise senkt.

### **Konsequent investiv**

Wir ordnen die Förderlandschaft neu. Für uns ist es wichtig, dass Anträge schnell und effizient entschieden werden können.

Restlandesmittel aus investiven Titeln fließen am Ende eines Haushaltsjahres in einen Investitionsfond und stehen überjährig ausschließlich für Investitionen zur Verfügung. Damit wollen wir die Chancen des Landes erhöhen, auch in Zukunft konsequent auf Investitionen zu setzen.

Darüber hinaus wollen wir in Zukunft bei der Förderung, die das Land bestimmt, auf folgende drei Kategorien setzen:

1. institutionelle Förderung, die kontinuierlich erfolgt mit fünfjährigen Zuwendungsbescheiden mit Zielvereinbarungen, die messbare Vereinbarungen enthält und jeweils ein Jahr vor Ende der Laufzeit evaluiert wird. Eine institutionelle Förderung ist nur möglich, wenn es für die Erfüllung einer Aufgabe nur einen Empfänger gibt.
2. Förderverträge werden abgeschlossen, wenn es für eine Aufgabenerledigung mehrere potenzielle Zuwendungsempfänger gibt und die Aufgabe typischerweise längerfristig angelegt ist. Auf Basis eines Förderaufrufs mit konkreter Leistungsbeschreibung können sich Interessierte bewerben und erhalten Förderverträge für die Leistung über eine Laufzeit von fünf Jahren.
3. Die klassische Projektförderung wird auf die Fälle beschränkt, die typischerweise von einem Antragsteller nur sehr selten gestellt werden, wie etwa bei der Förderung von Aufzügen.

### **Investitionen im Kernhaushalt, nicht aus Schuldenvermögen**

Die CDU-geführte Bundesregierung stellt mit dem 500-Milliarden-Schuldenvermögen auch Sachsen-Anhalt Mittel für Investitionen in die Infrastruktur zur Verfügung. Darauf können wir uns nicht ausruhen.

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Schon heute müssen wir die Prioritäten für die kommenden Jahrzehnte setzen: weg von steigenden Sozialausgaben, hin zu Investitionen aus dem Kernhaushalt in Infrastruktur, die einen Mehrwert bringt. Wir werden die Investitionsquote des Landeshaushalts weiter erhöhen. Nur so stellen wir sicher, dass wir in 20 Jahren nicht wieder auf löchrigen Straßen fahren und unsere Kinder in maroden Schulen unterrichtet werden.

Mit Blick auf das Infrastruktursondervermögen werden wir die zur Verfügung stehenden Mittel konsequent zusätzlich investieren. Einen Verschiebebahnhof aus dem Haushalt ins Sondervermögen wird es mit uns nicht geben.

Um die notwendigen finanziellen Mittel zu erschließen, wollen wir eine konsequente Prüfung aller staatlichen Leistungen und einen entsprechenden Rückbau der Verwaltung.

## Kapitel 4:

# Gleichwertige Lebensverhältnisse

## Wie es ist

Mobilität und öffentliche Infrastruktur sind mehr als technische Fragen – sie entscheiden darüber, wie wir leben, arbeiten und miteinander verbunden sind. Für uns ist klar: Gleichwertige Lebensverhältnisse sind kein Versprechen, sondern müssen überall in unserem Land spürbar sein. Jeder Ort hat einen Anspruch auf Anschluss an die Zukunft. Ob in unseren Städten oder im ländlichen Raum – Menschen sollen sich darauf verlassen können, dass sie gut erreichbar sind, dass medizinische Versorgung, Bildung, digitale Netze und wirtschaftliche Chancen verfügbar sind. In der Praxis ist das oft noch anders. Gerade die Gesundheitsversorgung etwa steht vor immensen Herausforderungen. Einerseits sehen wir schon jetzt, dass die Menschen in unserem Land überdurchschnittlich häufig unter Herz-Kreislauf-Erkrankungen leiden oder unter Adipositas. Andererseits werden in den kommenden Jahren mehr hochbetagte Menschen in unserem Land leben, aber deutlich weniger Kinder geboren als in der Vergangenheit. Das bringt etwa die Krankenhäuser unter Druck, wie wir jüngst in Zerbst gesehen haben. Und niedergelassene Ärzte arbeiten oft über die Altersgrenze hinaus, um gerade im ländlichen Raum die Erreichbarkeit zu sichern. Sachsen-Anhalt steht bei der Frage der Krankenhausplanung, ja der medizinischen Versorgung insgesamt vor wichtigen Entscheidungen. Viele sind zu lange verschoben worden, auch weil auf Gesetze des Bundes gewartet wurde.

Im Bereich der Digitalisierung dagegen haben wir die letzten Jahre gut genutzt. Wir sind deutlich schneller vorangekommen als geplant. Auch dank vieler ausbauender Unternehmen können jetzt mehr als 70 Prozent der Haushalte und Unternehmen an Glasfaserleitungen angeschlossen werden. Zudem sind in Sachsen-Anhalt nur noch 667 Haushalte/Unternehmen ohne 4G/5G. Betrachtet man die Landesfläche, bietet auf knapp 98 Prozent mindestens ein Anbieter 4G und auf 95 Prozent (Plan 80% bis 2025) 5G. Das ist ein Erfolg, reicht uns aber nicht.

Mobilität bedeutet Freiheit. Sie ermöglicht Teilhabe, eröffnet Chancen und hält unser Land wirtschaftlich stark. Deshalb verstehen wir Straßen, Schienen, Wasserwege, Radverbindungen, Flughäfen und digitale Netze als Lebensadern unserer Gesellschaft. Für uns steht nicht das Verkehrsmittel im Mittelpunkt, sondern der Mensch. Jede und jeder soll Arbeit, Bildung, Versorgung und Freizeit schnell, sicher und zuverlässig erreichen können – bezahlbar, möglichst emissionsarm und ohne unnötigen Lärm. Wir sind dabei gut vorangekommen, sei es beim Bau von Ortsumgehungen, der Erneuerung von Straßen, Schaffung von Radwegen oder der Verbesserung des Angebotes von Bussen und

Bahnverbindungen. Aber auch hier gilt: Wir haben noch ein Stück Weg vor uns, nicht nur bei der Fertigstellung der Autobahnen, der Sanierung von Brücken und etwa bei der Schaffung von Verbindungen über die Elbe.

### **Was wir wollen**

Es soll in Zukunft „nicht mehr der Rede wert“ sein, wenn der Zug oder der Bus pünktlich kommt und uns bequem zu unserem Ziel gebracht hat. Die Pünktlichkeit im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) soll gegenüber dem Basisjahr 2025 um 20 Prozent steigen, die Zugausfälle sollen um 30 Prozent sinken. Die Straßen sollen gut ausgebaut sein und den Mobilitätsgewohnheiten angemessen. Wir werden den Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen und zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Überall im Land soll ein Mittelzentrum in einer Zeit von 30 Minuten erreichbar sein. Die Elbe darf nicht mehr „im Weg sein“. Wir wollen das Radwegenetz weiter ausbauen. Es soll sowohl für den Tourismus als auch den Alltagsverkehr passen und vor allem sicher für die Schülerinnen und Schüler sein, die lieber auf das Rad als auf den Bus setzen.

Wir verbessern bestehende Systeme konsequent durch Digitalisierung – von smarten Ampeln bis zum autonomen Fahren. Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur auf allen Wegen, attraktive Takte bei Bus und Bahn, pünktliche Verkehre, verlässliche Anschlüsse und Barrierefreiheit stehen an erster Stelle. Wir wollen 5G auf der gesamten Fläche – auch um eine ideale Infrastruktur für die Land- und Forstwirtschaft zu bieten. Und wir wollen für 100 Prozent der Haushalte die Möglichkeit des Glasfaseranschlusses und werben intensiv dafür, diese Möglichkeit auch zu nutzen (derzeit 30%).

Wir beschleunigen Verfahren. Wir setzen auf vollständig digitale Genehmigungen, einheitliche Datenstandards und medienbruchfreie Verfahren zwischen Behörden (Digital Only) durch. Zuständigkeiten sollen mit verbindlichen Fristen möglichst in einer Behörde gebündelt werden.

### **Was wir machen**

#### **Landesentwicklung**

Sachsen-Anhalt steht vor einem entscheidenden Jahrzehnt. Der demografische Wandel wird in den nächsten 15 Jahren die Organisation unserer Daseinsvorsorge grundlegend verändern. Unser Ziel ist eine Landesentwicklungspolitik, die auf diesen Wandel mit Innovation und Kooperation statt mit Rückzug reagiert. Wir schaffen Strukturen, die Wachstum ermöglichen und echte Chancengerechtigkeit sichern – in den wachsenden Zentren ebenso wie in unseren ländlichen Räumen.

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Dafür stärken wir zentrale Orte als Anker für Versorgung, Bildung, Arbeit und Gesundheit und vernetzen sie besser mit ihrem Umland. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten für uns: gute Erreichbarkeit, verlässliche digitale Infrastruktur und leistungsfähige öffentliche Dienste – unabhängig vom Wohnort.

Sachsen-Anhalt soll als attraktiver Lebens- und Arbeitsraum sichtbar werden – auch für Menschen, die aus überhitzten Metropolräumen zu uns ziehen wollen. Wir setzen auf bezahlbare Wohnungen, hohe Lebensqualität und moderne Arbeitsformen: mit flächendeckend schnellem Internet, digitalen Angeboten und neuen Möglichkeiten wie Coworking in Stadt und Land. So gewinnen wir Fachkräfte, stärken den Mittelstand und machen unser Land zum Chancenraum für Familien, Gründerinnen und Gründer sowie Beschäftigte.

Unser Ansatz ist liberal und pragmatisch: Markt, Wettbewerb und Innovation, wo sie tragen – gezielte öffentliche Unterstützung dort, wo Versorgung sonst nicht gesichert ist. Wir beschleunigen Planungs- und Genehmigungsverfahren, stärken kommunale Verantwortung und erleichtern interkommunale Kooperationen. Innenentwicklung hat für uns Vorrang vor zusätzlichem Flächenverbrauch: Ortskerne beleben, Brachflächen aktivieren, Wege verkürzen. Aber wir stehen nicht im Weg, wenn Menschen ihren Traum vom Eigenheimbau leben wollen. Mobilität verstehen wir gerade im ländlichen Raum als Daseinsvorsorge im Alltag: verlässlich, bezahlbar, barrierefrei und vernetzt – von Schiene und Bus bis zu flexiblen On-Demand-Angeboten.

Landesentwicklung ist für uns kein Verteilungskampf, sondern eine Modernisierungsaufgabe: mit klaren Prioritäten bei Mobilität, digitaler Infrastruktur und Bildung, weniger Bürokratie und mehr kommunaler Gestaltungskraft. So entsteht ein Sachsen-Anhalt der kurzen Wege, starken Regionen und echten Aufstiegschancen.

### **Energie- und Abfallinfrastruktur: Genehmigungen beschleunigen, Deponiekapazitäten sichern**

Energieinfrastruktur braucht schnellere, einfachere Verfahren. Für Kundenanlagen fordern wir ein Prinzip wie: ein Projekt, ein Antrag, eine Genehmigung, eine Anmeldung – alternativ eine zentrale Koordinierungsstelle für Meldepflichten. Für industrielle Anwendungen berücksichtigen wir technologieoffen auch den Beitrag von türkischem Wasserstoff (Methanpyrolyse) in einer Übergangsphase.

Auch bei maximaler Vermeidung und Recycling wird es Abfälle geben, die deponiert werden müssen. Sachsen-Anhalt muss rechtzeitig zusätzliche Kapazitäten planen, genehmigen und bauen, damit Unternehmen nicht gezwungen sind, Abfälle außerhalb des Landes zu entsorgen. Andienungspflichten oder Ablagerungsgenehmigungen lehnen wir ab.

## **Gesundheit und Rettungswesen**

### **Gesundheit vor Ort – Die mobile Versorgungsoffensive**

Wir bringen die medizinische Versorgung zu den Menschen, die sie benötigen. Durch ein landesweites Förderprogramm etablieren wir „rollende Arztpraxen“ und spezialisierte Facharzt-Busse in infrastrukturell herausfordernden Regionen. Besonders in der Kinder- und Jugendmedizin sowie der psychiatrischen Versorgung schaffen wir so eine schnelle, wohnortnahe Behandlung ohne lange Anfahrtswege. Auch für ältere Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, für die sich der Arztbesuch als besonders beschwerlich darstellt, stellen solche Konzepte eine erhebliche Erleichterung dar und tragen dazu bei, die Autonomie in der Lebensführung zu erhalten.

### **Gesundheitskompetenzen und Prävention**

Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit einer älteren Bevölkerung und einer überdurchschnittlichen Krankheitslast. Das wirkt sich nicht nur auf das Gesundheitssystem aus, sondern ganz konkret auf den Alltag der Menschen, die Leistungsfähigkeit der Betriebe und die Perspektive auf ein gutes Arbeitsleben und eine gesunde Zeit nach Renteneintritt. Prävention soll dabei ein niedrigschwelliges Angebot sein, das Menschen realistisch nutzen können – unabhängig von Einkommen, Wohnort und in den Alltag integrierbar. Wer länger gesund bleibt, hat mehr Handlungsspielräume, mehr Optionen im Berufsleben und mehr Chancen, die Zeit bis und in der Rente aktiv und selbstbestimmt zu gestalten. Wir wollen Prävention daher als unerlässliche Säule der Gesundheitsversorgung verstetigen und die Gesundheitskompetenzen der Menschen stärken, denn eine moderne medizinische Versorgung setzt nicht erst dann an, wenn eine Krankheit bereits vorliegt.

Aktuell existieren diverse Angebote unterschiedlicher Anbieter und Akteure. Das sorgt dafür, dass Prävention nicht ganzheitlich gedacht wird. Wir wollen das ändern, indem wir Prävention auf zwei Ebenen betrachten. Um bestehende Angebote zusammenzuführen, wollen wir landesweit eine Anlaufstelle schaffen, die Angebote bündelt und Informationen bereitstellt. Auf der anderen Seite sehen wir Vertreter der akademischen Heilberufe und Gesundheitsfachberufe in der Verantwortung, ihrem Präventionsauftrag auf individueller Ebene nachzukommen und streben eine verbesserte Vergütung dieser Leistungen an.

### **Ambulante medizinische Versorgung und Nachwuchs**

Dem ambulanten Sektor muss eine gesonderte Beachtung zukommen, denn er übernimmt den größten Teil der Patientenversorgung und stellt das Rückgrat unseres Gesundheitssystems dar.

Wir begrüßen ausdrücklich den Mut und die Motivation, die Mediziner und Angehörige der Gesundheitsfachberufe aufbringen, um sich niederzulassen. Deshalb bauen wir die Unterstützung für dieses Unterfangen aus und reduzieren gezielt bürokratische Hürden, die

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



diesen Weg erschweren. Gleichzeitig stärken wir den ärztlichen Nachwuchs, indem wir erfolgreiche Netzwerkmodelle – wie das Kompetenzzentrum für die Weiterbildung in der Allgemeinmedizin (KOMPAS) – auf weitere Fachbereiche wie Kinderheilkunde und Psychiatrie ausweiten. So verbessern wir die Weiterbildungsqualität und schaffen frühzeitig Perspektiven und verlässliche Strukturen für junge Ärzte. Darüber hinaus machen wir den Arztberuf insgesamt attraktiver: Mit passgenauen Entlastungsangeboten verbessern wir die Rahmenbedingungen für niedergelassene Mediziner und geben ihnen mehr Zeit für das Wesentliche – die Versorgung ihrer Patienten. Beispielsweise wollen wir die Telematik-Infrastruktur praxistauglicher gestalten, um die Digitalisierung durch einen echten Mehrwert zu einem Erfolg zu führen.

Unser Ziel ist ein effektives und freiheitliches Gesundheitssystem, das Engagement und Qualität belohnt und medizinische Versorgung nachhaltig sichert. Wir wollen das junge Berufsbild des Physician Assistant zu einem festen Baustein der ambulanten Versorgung von morgen machen – besonders im ländlichen Raum. Die Fachkräfte werden bereits in Sachsen-Anhalt ausgebildet; diese Ausbildung wollen wir gezielt ausbauen, intensiv fördern und politisch unterstützen. Gemeinsam mit Landesärztekammer und Kassenärztlicher Vereinigung wollen wir innovative und verlässliche Konzepte schaffen, damit Physician Assistants (PA) in Sachsen-Anhalt klare und attraktive Berufsperspektiven erhalten. Zugleich stärken wir die Ausbildungskapazitäten zum Beispiel an den medizinischen Fakultäten in Halle und Magdeburg, um Sachsen-Anhalt zum Vorreiter in der PA-Ausbildung zu machen. So sichern wir Fachkräfte im Land, entlasten Praxen und schaffen eine moderne, wohnortnahe Versorgung.

### **Qualität und Gleichwertigkeit der Approbation**

Zahlreiche in Sachsen-Anhalt tätige Ärzte erwarben ihre zur Berufsausübung notwendigen Abschlüsse außerhalb der EU. Die Gleichwertigkeitsprüfung dieser Unterlagen nimmt häufig mehrere Jahre in Anspruch, welche sowohl für den Arbeitnehmer als auch den Arbeitgeber mit rechtlichen Unklarheiten und emotionaler Belastung einhergehen. Die Kenntnisprüfung Humanmedizin, der sich Ärzte aus Nicht-EU-Ländern alternativ unterziehen können, soll die Gleichwertigkeit der Fachkenntnisse im Rahmen einer mündlichen Prüfung eruieren, bildet jedoch den Umfang und die inhaltliche Tiefe deutscher Staatsexamina nicht ausreichend ab.

Um langwierige und kostenaufwendige bürokratische Verfahren zu vermeiden und eine tatsächliche Gleichwertigkeit der Ausbildung zu gewährleisten, fordern wir daher die Abschaffung der Gleichwertigkeits- und Kenntnisprüfungen und an ihrer Stelle das Ablegen der in Deutschland notwendigen Examina. So gewährleisten wir nicht nur eine qualitativ hochwertige ärztliche Versorgung unabhängig vom Herkunftsland, sondern entlasten auch die Behörden von aufwendigen Überprüfungen.

### **Krankenhauslandschaft und Kooperation**

Sachsen-Anhalt verfügt mit seinen 44 Krankenhäusern über flächendeckende Versorgungskapazitäten. Unser Ziel ist es, die bestehende Krankenhauslandschaft integrativ und leistungsfähiger zu gestalten. Wir fördern lokale Gesundheitszentren als verbindendes Element zwischen Kliniken und Praxen und stärken damit die sektorübergreifende Zusammenarbeit vor Ort. Zugleich setzen wir uns für den Erhalt tragfähiger Krankenhausstandorte sowie einer Strukturreform zur Bewältigung der Herausforderungen durch den demografischen Wandel sowie den Fachkräftemangel ein. Wir investieren gezielt in eine moderne, digitale und bedarfsgerechte Infrastruktur. Dafür werden wir sicherstellen, dass das Land den begonnenen Prozess der Krankenhausplanung zügig abschließt. Dadurch wird sichergestellt, dass Investitionen in sinnvolle Strukturen getätigt werden.

Kliniken werden so vernetzt, dass spezialisierte Expertise, zum Beispiel in den Bereichen der Radiologie, Pädiatrie und Neurologie, digital in kleinere Standorte hineinwirkt. In der Praxis wirksame Beispiele sind NeuvaNet SAN in Sachsen-Anhalt, sowie TEMPIS (München) und TeleStorch (Oldenburg).

### **Innovation und Forschung**

Wir wollen Gesundheit neu denken: Mit Innovation, Forschung und Digitalisierung machen wir unser Gesundheitssystem zu einem Motor für Fortschritt, Lebensqualität und regionale Stärke – damit medizinische Spitzenleistung von morgen schon heute bei den Menschen ankommt. Unabdingbar hierfür ist eine belastbare, zuverlässige und flächendeckende digitale Infrastruktur. Ebenfalls braucht es einheitliche technische Schnittstellen und eine sichere Datenverwaltung, damit Informationen dort ankommen, wo sie gebraucht werden – schnell, effizient und datenschutzkonform.

Die Universitätskliniken in Sachsen-Anhalt leisten bereits jetzt Spitzenforschung in den Bereichen Altersmedizin, Immun- und Zelltherapie sowie Neurowissenschaften. Um deren Profil zu schärfen und die Attraktivität des Arbeitsstandorts zu steigern, genießen Innovations- und Forschungsförderung für uns hohe Priorität. Mit etablierten Förderinstrumenten wie dem Innovationsfonds des Bundesministeriums für Gesundheit bringen wir neue Behandlungsansätze gezielt nach Sachsen-Anhalt und schaffen Raum für innovative Versorgungsmodelle.

Wer Versorgung verbessern will, muss wissen, wo Versorgungslücken sind, welche Modelle funktionieren und wie Personal, Digitalisierung und neue Berufsbilder sinnvoll eingesetzt werden können. Wir wollen Sachsen-Anhalt deshalb zum Vorreiter machen und Versorgungsdefizite nicht hinnehmen, sondern auf Basis von Daten, Praxisnähe und Innovationswillen gezielt entgegenwirken.

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Um die Universitätsmedizin in Sachsen-Anhalt weiter zu verbessern, wollen wir eine engere Zusammenarbeit der beiden Universitätsklinika. Das bisherige Konzept „Universitätsmedizin 2030“ reicht uns dafür nicht aus. Wir werden deshalb verbindliche Kooperationsverträge und Bündelungen von Kompetenzen auf den Weg bringen und Doppelstrukturen in Forschung und Verwaltung abzubauen. Unser Anspruch ist ein lernfähiges, digitales und widerstandsfähiges Gesundheitssystem, das Fortschritt ermöglicht und Sicherheit garantiert.

Künstliche Intelligenz und nachfolgende, spezialisierte Modelle werden Diagnostik, Therapieplanung, Wirkstoffentwicklung und Versorgungssteuerung grundlegend verändern. Sachsen-Anhalt soll hierbei eine gestaltende Rolle einnehmen. Wir schaffen ein landesweites Kompetenzzentrum „KI in Medizin & Biowissenschaften Sachsen-Anhalt (KIMBIO-ST)“ als Brücke zwischen Universitätsmedizin, außeruniversitärer Forschung, Start-ups und Versorgungspraxis. Die Standorte Halle und Magdeburg - mit ihren Stärken u.a. in Life-Science, Biomedizin und Neurobiologie - fungieren als zentrale Knoten. Der Auftrag ist, Modelle in die Versorgung zu bringen, Forschung zu beschleunigen und insbesondere auch die Zahl und Qualität der Ausgründungen zu verbessern. Damit Innovation nicht an Prozessen scheitert und Geschwindigkeit ein Standortvorteil wird, etablieren wir einen einheitlichen Fast-Track für Ethik-, Datenschutz- und IT-Sicherheitsprüfungen bei kooperierenden Einrichtungen.

### **Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz**

Wir stärken den Rettungsdienst und den Bevölkerungsschutz, damit schnelle Hilfe überall zuverlässig ankommt. Dabei reformieren wir die bestehenden Hilfsfristen: Entscheidend soll nicht allein die Fahrzeit sein, sondern vor allem die Qualität der Versorgung am Patienten. Gleichzeitig nutzen wir die Chancen moderner Technik und ermöglichen eine flächendeckende fernärztliche Notfallbegleitung. Das im Süden des Landes in Erprobung befindliche Konzept des Telenotarztes konnte bereits seinen Nutzen unter Beweis stellen. Durch Bild- und Tonübertragung können Notärzte die Einsatzkräfte vor Ort unmittelbar unterstützen, medizinische Entscheidungen absichern und wertvolle Zeit gewinnen. Wir befürworten daher ausdrücklich die landesweite Etablierung des Projektes. So schaffen wir ein zeiteffizientes, modernes Rettungssystem, das Professionalität, Digitalisierung und Menschlichkeit verbindet. Eine Verortung der Struktur im Norden des Bundeslandes bei der kassenärztlichen Vereinigung lehnen wir ab.

Die landesweite Etablierung des Projektes des Gemeindenotfallsanitäters lehnen wir ab. Ein Mehrwert für die Versorgung lässt sich aus den bisherigen Erfahrungen nicht ableiten. Viel eher wird dadurch eine weitere Doppelstruktur geschaffen, die keinen eigenen Kompetenzbereich besitzt.

Zur Verbesserung der Qualität und der schnelleren Hilfe wollen wir Ersthelferapps flächendeckend ausrollen. Darüber soll sich qualifiziertes Personal registrieren dürfen, um bei einem Notfall im direkten Umfeld schnell und unkompliziert helfen zu können.

Darüber hinaus wollen wir über Standardisierte Arbeitsanweisungen (SAA) für mehr Einheitlichkeit und Entlastung sorgen. Dadurch können unnötige Einsätze im Rettungsdienst bereits in der Leitstelle verhindert werden.

Die aktuelle Struktur der Leitstellen wollen wir neu denken, resilient aufstellen und sinnvoll verschlanken. Dafür werden wir uns dafür einsetzen, dass nicht mehr in (fast) jedem Landkreis eine Leitstelle betrieben wird, sondern maximal 3-4 Leitstellen, welche die Regionen des Landes abdecken und in Krisenfällen unterstützen.

### **Apotheken**

Apotheken sind nach Auffassung der FDP Sachsen-Anhalt ein unentbehrlicher Bestandteil eines flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Gesundheitssystems. Neben der Arzneimittelherstellung, -prüfung und -abgabe stellt die Beratung einen an Relevanz gewinnenden Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitskompetenz und somit der Prävention von Erkrankungen dar. Wenngleich Sachsen-Anhalt eine vergleichsweise hohe Dichte an Apotheken aufweist (26 Apotheken je 100.000 Einwohner; Bundesverband deutscher Apothekenverbände, Stand 2024), geht die Zahl der öffentlichen Apotheken aufgrund erschwerter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie mangelnden Personals insbesondere im ländlichen Raum sukzessive zurück. Daher wollen wir uns auf Bundesebene für ein der generellen Preisentwicklung entsprechendes Apothekenhonorar einsetzen (letzte Erhöhung 2013 auf 8,35 Euro je rezeptpflichtigem Arzneimittel). Zudem fordern wir die adäquate Vergütung von qualifizierten Beratungs- und Präventionsleistungen, um dem enormen gesamtgesellschaftlichen Nutzen der niedrigschwelligen, ambulanten Patientenbetreuung Rechnung zu tragen. Diese Anpassungen sind nicht nur aus betriebswirtschaftlicher Sicht geboten, sondern steigern in Voraussicht auf ein drohendes Nachwuchsproblem die Attraktivität des Berufsbildes des Apothekers langfristig.

Zudem unterstützen wir moderne Technologien für die Auslieferung von Medikamenten durch die Apotheken, etwa mit Hilfe von Drohnen, um auch im ländlichen Raum die Versorgung nachhaltig zu sichern.

### **Pflege**

Wir stellen die Pflege konsequent in den Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik. Unser Ziel ist es, den Pflegeberuf spürbar attraktiver zu machen – damit erfahrene Pflegekräfte im System bleiben und zugleich neue Fachkräfte gewonnen werden können. Dafür setzen wir auf konkrete Verbesserungen im Arbeitsalltag.

Flexible Arbeitszeitmodelle sowie Schichtzuschläge auf Stundenlohnbasis wollen wir erhalten und gezielt weiterentwickeln, damit Pflege besser mit dem persönlichen Lebensentwurf vereinbar wird. Innovative Ideen der Pflegeeinrichtungen und -unternehmen dürfen nicht an rechtlichen Auflagen scheitern.

### **Zielstrebige Entbürokratisierung**

Doppelstrukturen und Mehrfachdokumentationen schaffen wir ab; dokumentiert werden soll künftig vor allem dann, wenn von vereinbarten pflegerischen Leistungen abgewichen wird. Pflegeeinrichtungen in Sachsen-Anhalt müssen endlich von überbordenden Meldepflichten, nutzlosen Statistikabfragen und mehrfachen Regelprüfungen entlastet werden. Statt immer neuer Dokumentationslasten braucht es eine gebündelte, höchstens jährliche Berichtspflicht und digitale Systeme, die notwendige Daten automatisiert erfassen. Prüfungen durch Heimaufsicht und medizinischen Dienst müssen besser koordiniert und konsequent auf risikobasierte Anlassprüfungen begrenzt werden. Wer mehr Zeit für Pflege will, muss Bürokratie abbauen und Kontrolle dort konzentrieren, wo sie wirklich notwendig ist.

### **Aus- und Weiterbildung**

Die Ausbildung reformieren wir: Sie muss praxisnah und durchlässig sein. Die generalistische Pflegeausbildung evaluieren und passen wir gemeinsam mit der Pflegehilfeausbildung an, um Abbruchquoten zu senken und Auszubildende im System zu halten. Differenzierte Ausbildungswege und eine bessere Durchlässigkeit – etwa über eine „Y-Struktur“ – schaffen individuelle Entwicklungsmöglichkeiten. Ergänzend ermöglichen wir eine stärkere Ausdifferenzierung, beispielsweise durch Eignungsprüfungen oder Empfehlungen der Pflegeschulen, damit Talente gezielt gefördert werden können. Nicht zuletzt fördern wir umfassende Weiterbildungs- und Spezialisierungsangebote für echte Karriereperspektiven und einen langen Verbleib im Beruf.

### **Anerkennung**

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs wollen wir außerdem die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beschleunigen. Pflegekräfte sollen vorläufig arbeiten dürfen, sobald alle erforderlichen Unterlagen und nötige Sprachkenntnisse vorliegen und der Arbeitgeber zustimmt. Enge Abstimmungen zwischen prüfenden Behörden und Pflegeeinrichtungen begleiten den gesamten Prozess. Die Kenntnisprüfung soll direkt in den jeweiligen Einrichtungen möglich sein. Bestehende Kooperationen zwischen ausländischen Pflegeschulen und Einrichtungen im Land wollen wir gezielt nutzen, um Anerkennungsverfahren weiter zu verkürzen.

### **Stationäre und ambulante Pflege**

Im Falle einer Pflegebedürftigkeit ist das höchste Ziel, die Selbstständigkeit des Menschen so lange wie möglich zu erhalten sowie eine würdevolle und individuelle Lebensführung zu gewährleisten. Wir befürworten hierbei den Grundsatz: „Ambulant vor stationär“, der den Verbleib im gewohnten Umfeld so lange wie möglich aufrechterhält. Vor diesem Hintergrund müssen häusliche Pflege und Heimpflege hierbei als Partner interagieren und sich ergänzen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine grundlegende Überarbeitung bestehender gesetzlicher Vorgaben (GVWG) ein, die Pflegeeinrichtungen unnötig belasten.

Die Pflegeversicherung wollen wir umfassend reformieren: Versicherungsfremde Leistungen gehören gestrichen, ein kapitalgedecktes Element muss, wie bei der Krankenversicherung, ergänzt und Anreize für private sowie betriebliche Vorsorge müssen gestärkt werden. Eine Kommunalisierung der Pflege lehnen wir ab – Pflege braucht verlässliche Rahmenbedingungen, unternehmerische Freiheit und klare Zuständigkeiten. Nicht zuletzt verbessern wir die Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige, zum Beispiel durch Bürokratieabbau, niedrigschwellige Informationen oder fachliche Unterstützung. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft und verdienen mehr Entlastung, unabhängige Beratung und flexible Hilfen im Alltag.

## **Infrastruktur**

### **Echte Sanierungen statt Flickwerk im Straßenbau - Neubau weiter ermöglichen**

Beim Straßenbau hat für uns weiterhin der Erhalt Priorität. Landes- und Kreisstraßen sollen dabei in erster Linie grundhaft saniert statt nur geflickt werden. Wir werden aber auch weiter neu bauen, wenn das - wie etwa bei Ortsumfahrungen - einen klaren Nutzen für die Menschen bringt. Niemand soll länger als 30 Minuten bis zur Kreisstadt brauchen oder zur Autobahn oder zweispurigen Bundesstraße. Für uns ist es selbstverständlich, dass der A14-Lückenschluss und die A143 zügig fertiggestellt werden und wir wollen auch die Verlängerung der A71 bis nach Aschersleben weiter vorantreiben. Bei in anderen Ländern freiwerdenden Bundesmitteln wollen wir zusätzliche Projekte in Sachsen-Anhalt vorziehen. Wir wollen die Planung und den Bau zusätzlicher Elbquerungen der Landesstraßen im Bereich etwa in der Altmark oder im Kreis Wittenberg prüfen und voranbringen und geben auch weitere Elbquerungen der Bundesstraße nicht auf.

### **Rad- und Fußverkehr – sicher, direkt, alltagstauglich**

Wir entschärfen Kreuzungen, sichern Querungen und verbessern Wegweisungen – besonders wichtig für Kinder sowie Seniorinnen und Senioren. Den Ausbau des Wegenetzes für Radfahrer erreichen wir vor allem durch das Schließen von Lücken. Zentral dafür ist Planung über Baulastgrenzen hinweg, um zügig durchgängige Alltagsrouten zu schaffen.

## **Freiheit hat nur eine Heimat.**

Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026



Menschen wollen mit dem Rad mobil sein, wir schaffen die Infrastruktur dafür. Wir sind in dieser Legislatur einen deutlichen Schritt vorangekommen, aber wir wollen mehr.

Zur Attraktivität gehören sichere Abstellanlagen und Ladepunkte an Bahnhöfen, ÖPNV-Knoten und in Ortszentren. Fahrradparkhäuser nutzen wir prioritär an stark nachgefragten Standorten. Diebstahlprävention stärken wir durch Video, digitale und landesweit standardisierte Zugangssysteme. Die Alltagsradnetze der Landkreise sollen durchgängig und digital erfasst sein.

### **Smarter Verkehr ist flüssigerer Verkehr**

Moderne Technologien helfen dabei, die Infrastruktur besser zu nutzen. Bedarfsabhängige Ampelschaltungen, vernetzte Baustellenplanung mit digitalem Slot-Management und bessere Umleitungsstrategien sollen die Auswirkungen der zwingend erforderlichen Vollsperrungen bei vielen Baumaßnahmen abmildern. Bei Baumaßnahmen denken wir die Anforderungen für hochautomatisiertes Fahren (z. B. digitale Karten, Markierungen, Netzanbindung) immer mit. Dies verbessert das Angebot für Kfz genauso wie für die Radfahrer und Fußgänger.

### **Verfahren vereinfachen**

Wir beschleunigen die Genehmigungsverfahren für Ersatzneubauten, indem wir die Planfeststellung regelmäßig durch die Plangenehmigung ersetzen, wenn an der Trasse keine wesentlichen Änderungen herbeigeführt werden. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, auf Planfeststellungsverfahren zu verzichten, wenn der Landtag für Infrastrukturmaßnahmen das überragende landesbedeutsame Interesse festgestellt hat. Mindestens 80 Prozent der Genehmigungen für Verkehrsprojekte sollen vollständig digital erfolgen.

### **Klagemöglichkeiten auf ein sinnvolles Maß begrenzen**

Späte Klagen verzögern Genehmigungsverfahren unnötig. Wir streben eine grundlegende Reform des Verbandsklagerechts an, die sich daran orientiert, was nach europäischem Recht zwingend erforderlich ist. Als Zwischenschritt wird das Verbandsklagerecht durch klare Fristen/Präklusion und Gerichts-Konzentration auf ein rechtlich notwendiges Mindestmaß reduziert.

### **Führerschein bezahlbar machen**

Den Erwerb des Führerscheins wollen wir einfacher und günstiger machen. Dazu gehört die beschleunigte und digital unterstützte Ausbildung.

### Attraktiver ÖPNV

Auch wenn außerhalb der Städte das Auto die Mobilität der Wahl für die meisten Menschen bleiben wird, wollen wir das Angebot des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) weiter ausbauen. Mobilität ist Freiheit. Dazu gehört auch die Freiheit zwischen verschiedenen Mobilitätsarten entscheiden zu können, je nachdem, was geeigneter ist. Eine gute Infrastruktur, Schiene, Straße, Rad- und Fußwege gehören genauso dazu, wie komfortable Möglichkeiten von einem Verkehrssystem auf das andere wechseln zu können. Unsere Ziele für den ÖPNV sind:

- Wir wollen eine 30-Minuten-Erreichbarkeit zur nächsten größeren Stadt landesweit.
- Die Pünktlichkeit im SPNV soll gegenüber dem Basisjahr 2025 um 20 Prozent steigen, die Zugausfälle sollen um 30 Prozent sinken.
- Auf allen SPNV-Relationen, die nicht wirtschaftlich mit Oberleitungen elektrifizierbar sind, soll batterieelektrischer Betrieb Standard werden.
- Magdeburg soll im ICE-Takt auf Ost-West und ergänzend auf einer Nord-Süd-Relation angebunden sein.
- Wir bauen das Landes-Bus-Netz aus und modernisieren Angebote im ländlichen Raum – inklusive On-Demand-Shuttles, Rufbussen und perspektivisch autonomen Kleinbussen, nahtlos integriert in Taktverkehre.
- Bahnhöfe sollen zu Mobilitätszentren werden: das heißt gute Erreichbarkeit per Bus, Rad und Auto (Park+Ride/Bike+Ride), digitale Information, Barrierefreiheit und lebendige Nutzung der Gebäude. Wir sind dafür, dass die Vermarktung aus Landesmitteln unterstützt wird. Gute Abstellmöglichkeiten für Auto und Rad gehören dazu; Fahrradstellplätze sollen landesweit digital buchbar werden.
- Mobility-as-a-Service wird zum Standard: Eine landesweite Mobilitäts-App mit Echtzeitdaten, Bezahlung und Check-in/out über alle Verkehrsmittel hinweg – inklusive Car-/Bike-/Scooter-Sharing und On-Demand-Verkehren über Verbundgrenzen hinaus, mit Schnittstellen zu Nachbarkreisen und -bundesländern.
- Das Deutschlandticket bleibt Teil des Angebots, darf jedoch nicht zu Lasten von Qualität und Stabilität der Verkehre gehen.
- Mehr Flexibilität im Fahrzeugeinsatz zwischen Strecken im Regionalverkehr, stärkere Werkstattreserven, klare Qualitätskennzahlen (Pünktlichkeit, Ausfälle, Sauberkeit) und Bonus-/Malus-Systeme.
- Nebenstrecken wollen wir sichern und sinnvolle Reaktivierungen prüfen und umsetzen – etwa die Strecke der Saftbahn bis Köthen oder Barby-Güterglück als Entlastung für den Personen- und Güterverkehr.
- Elektrifizierung treiben wir pragmatisch voran: Wo Oberleitungen wirtschaftlich sind, setzen wir uns für den Ausbau ein. Wo sie es nicht sind, setzen wir vorrangig auf batterieelektrische Züge.

- Eine Offensive für Fahrpersonal sorgt für mehr Verlässlichkeit: beschleunigte Qualifizierung, bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Sprachprogramme und modulare Weiterbildung.

### **Schienen-Fernverkehr stärken**

Wir verfolgen das erarbeitete Fernverkehrskonzept des Landes weiter. Magdeburg soll besser in das ICE-Netz eingebunden werden, etwa über eine Strecke Hamburg–Stendal–Magdeburg–Halle Richtung München oder eine Anbindung zwischen Ruhrgebiet und Berlin. Zusätzlich sind Orte wie Stendal, Halberstadt und Dessau besser in das Fernverkehrsnetz einzubinden.

### **Güterverkehr, Logistik und Wasserstraßen**

Wir bauen trimodale Hafenstandorte wie den Hafen Magdeburg zu leistungsfähigen Drehscheiben für Industrie, Mittelstand und internationale Logistik weiter aus. Die enge Verknüpfung von Wasserstraße, Schiene und Straße schafft effiziente, flexible und krisenfeste Transportketten und stärkt Sachsen-Anhalt als Logistikstandort im Herzen Deutschlands. Dafür braucht es zuverlässige Schienenanbindungen, moderne Umschlagsanlagen, digitale Slot-Steuerung und eine noch stärkere Vernetzung mit internationalen Warenströmen, insbesondere mit den deutschen Seehäfen.

Für Elbe, Saale und Mittellandkanal setzen wir auf eine verlässliche Nutzbarkeit der Wasserstraßen durch ausreichende Fahrrinnen- und Schleusenverfügbarkeit, vorausschauendes Wasserstands- und Engpassmanagement sowie digitale Verkehrssteuerung. Die Binnenschifffahrt ist für uns ein unverzichtbarer Teil einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur und kein Randthema. Klar ist zugleich: Eine Wasserüberleitung aus der Elbe in Richtung Spree lehnen wir ab. Die Elbe ist Lebensader, Naturraum und Verkehrsweg unseres Landes und darf nicht für wasserpolitische Ausgleichsinteressen anderer Regionen geschwächt werden.

Auf der Straße braucht es gesicherte Lkw-Parkplätze, Ladeinfrastruktur für E-Lkw entlang der Hauptachsen und Mikro-Hubs für stadtverträgliche Zustellung. Effizienz steigern wir durch bedarfsgerechten Ausbau des Lang-Lkw-Straßennetzes, die Fortsetzung von 44t-Lkw-Pilotvorhaben für Verkehre bis 100 km und digitale Vernetzung. Intelligente Routenlenkung für Lkw soll Gemeinden entlasten.

### **Luftfahrt und neue Technologien**

Sachsen-Anhalt positioniert sich als Test- und Anwendungsregion für Drohnen – von Inspektionen bis Rettungseinsätzen – mit klaren Sicherheitsstandards und offenen Reallaboren.

Wir stärken das internationale Drehkreuz Flughafen Leipzig/Halle konsequent als zentralen Passagier- und Wirtschaftsstandort für die Region Mitteldeutschland. Wir setzen uns für die Senkung der Steuern und Abgaben für den Luftverkehr ein, um den Flughafen Leipzig-Halle zu sichern. Durch die hohen Abgaben in Deutschland findet der Passagierverkehr vermehrt im benachbarten Prag statt.

Statt parallele Strukturen, wie den Flughafen Dresden, in der Region dauerhaft mit öffentlichen Mitteln zu stabilisieren, setzen wir auf Bündelung von Passagieraufkommen am Standort Leipzig/Halle, um verlässliche nationale und vor allem europäische Direktverbindungen zu sichern und langfristig auszubauen. Ein starkes, gut angebundenes Drehkreuz ist für Unternehmen, Fachkräfte und Geschäftsreisende attraktiver als kleinteilige Angebote mit wenigen, strukturell unsicheren Direktverbindungen.

Damit dieser Vorteil im Alltag spürbar wird, richten wir den Einsatz öffentlicher Mittel auf die Anbindung und Erreichbarkeit: Öffentliche Mittel sollen nicht in dauerhafte Verlustausgleiche im zivilen Flugbetrieb fließen, sondern eine schnelle, verlässliche und attraktive Schienenanbindung innerhalb der Region zum Flughafenbahnhof Leipzig/Halle ermöglichen. Ziel ist ein Takt- und Angebotsniveau, das den Flughafen für Pendler, Geschäftsreisende und Touristen aus dem gesamten Land ohne Umwege erreichbar macht – insbesondere aus Magdeburg, Halle (Saale), Dessau-Roßlau und den Mittelzentren entlang der Hauptachsen.

Regionale Flugplätze ertüchtigen und erweitern wir dort bedarfsgerecht, wo sie Wirtschaft, Forschung und Katastrophenschutz unterstützen.

### **Finanzierung, Programme und Umsetzung**

Wir bündeln und vereinfachen Förderprogramme, damit auch kleine Gemeinden Projekte stemmen können. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), Bundesprogramme und EU-Mittel werden gezielt kombiniert. Landesmittel setzen wir vorrangig zur Beseitigung von Engpässen ein. Eine Novelle des Gesetzes zur Finanzierung des ÖPNV wollen wir auf den Weg bringen. Die Kosten der Schülerbeförderung der Landkreise und kreisfreien Städte wollen wir künftig aus dem Landeshaushalt finanzieren, um mehr Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung zu haben.

Öffentlich-private Partnerschaften schließen wir nicht aus, nutzen sie aber nur dort, wo sie Projekte schneller und günstiger machen – mit klaren und strengen Leistungs- sowie Qualitätsstandards.

Nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wollen wir die Sanierung kommunaler Straßen über ein Landesprogramm und die konsequente Nutzung von Bundesmitteln unterstützen.